Nr. 265. Halle (Saale), Sonnabend, den 10. November 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 60 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Part 49-44. Fernsprech. 1046. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Nonpareillezeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Part 49-44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 10. November 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Heftiges Trommelfeuer ging englischen Vorstößen voraus, die nordöstlich von Poelkapelle nach Tagesanbruch einsetzten. Sie wurden im Nahkampf abgewiesen. Längs der Yser und vom Houthoulster Wald bis Zonnebeke steigerte sich die Tätigkeit der Artillerien am Nachmittage wieder zu großer Heftigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Niedersächsische und Gardebataillone mit Pionieren und Teilen eines Sturmbataillons entrissen nach kräftiger Feuervorbereitung durch Artillerie und Minenwerfer den Franzosen Stellungen am Chaume-Walde. Starke, bis in die Nacht hinein wiederholte Gegenangriffe des Feindes brachen verlustreich zusammen. 240 Gefangene, darunter sieben Offiziere, blieben in unserer Hand. Leutnant Freiherr v. Richthofen errang seinen 25. Luftsieg.

Oestlicher Kriegsschauplatz und mazedonische Front nichts Besonderes.

Italienische Front.

Oesterreichisch-ungarische Truppen drangen im Val Sugana und im oberen Piave-Tal vor. Nach erbitterten Straßenkämpfen wurde Asiago genommen. Italienische Nachhuten, die sich am Gebirgsrande und in der Ebene an den Flußläufen westlich von der Livenzia erneut zum Kampfe stellten, wurden geworfen. Von Suganа abwärts bis zum Meere haben die verbündeten Armeen die Piave erreicht.

Die Kämpfe im Italien.

Die offiziösen Nachrichten besagen, daß der Vormarsch an den Fluß Piave weiter geht. Im österreichischen Berichte heißt es: Die Kämpfe an der Piave, die durch ihre ausgedehnten Sümpfe und das etwas höher gelegene rechte Ufer gute Verteidigungsmöglichkeiten bietet, dürften entscheiden, ob die Italiener Venedig halten können oder aus strategischen Gründen sich auf eine vorteilhaftere Verteidigungslinie zurückziehen müssen. Nach Mailänder Depeschen sieht man in Venedig den östlichen Horizont gerötet. Es scheint, daß viele Ortschaften entweder von den Italienern in Brand gesteckt worden oder durch Zufall in Brand geraten sind. — Andere Meldungen deuten an, die Italiener würden sich bis zur Etsch zurückziehen. Eine Note der italienischen Regierung gibt den Rückzug zu, behauptet aber, das aufgegebene Material und die gefangenen Mannschaften seien nur ein kleiner Teil dessen, was fortgebracht werden konnte.

Painlevé und Lloyd George verhandeln noch mit den italienischen Führern über die Herstellung einer Einheitsfront und einheitlichem Handeln.

Programm der 17 Verbündeten.

London, 10. November. Nach einer Reutermeldung fand gestern abend ein Festmahl in der Londoner Guildhall statt, an dem 800 Personen, darunter Bonar Law, Curzon, Derby, Geddes und Jellicoe teilnahmen. Die Gesandten der Verbündeten seien warm begrüßt worden und besonders warm der Botschafter von Italien. Der russische Botschafter wird nicht erwähnt. Curzon brachte den Trinkspruch auf die Alliierten aus, wobei er ausführte, man könne nur durch das Zusammenarbeiten der Alliierten und durch Selbstlosigkeit den Sieg zu sichern erhoffen, nach dem man verlange, und den Frieden der Welt. Die 17 jetzt verbündeten Staaten hätte die Ueberzeugung zusammengeführt, daß, sofern nicht der Geist, der den Kaiser und das deutsche Volk beseelt, vernichtet und zerstört würde, es keinen Platz gebe, an dem freie Nationen leben könnten. Curzon erwähnte dann Belgien und Serbien und versprach denselben Wiederherstellung.

Gärung in China. Dem N. Rott. Courrant zufolge ist es in China immer noch nicht ruhig. Einer Meldung aus Peking über Petersburg zufolge sollen die Truppen der Provinz Kirin sich geweigert haben, den Offizieren zu gehorchen, und daraufhin die Unabhängigkeit der Provinz erklärt haben. In den Provinzen Yunan und Sztschuan in Mittelchina sollen die Zusammenstöße der Regierungstruppen mit den Aufständischen fortdauern.

Neue Krise in Frankreich. Der Pariser Korrespondent des Lyoner Blattes Depêche bezeichnet Painlevés Stellung als erschüttert. Als sein Nachfolger werden Thomas (?) und Clémenceau genannt. Painlevé ist augenblicklich in Italien, wo er mit Lloyd George und dem italienischen König an der Front herumreist. Doch ist die Krise in Frankreich im Gange. Man glaubt schon wieder, daß Briand der kommende Helfer sei.

Rußland.

Sofern die Meldungen nicht trügen, steht es fest, daß die Uebernahme der Regierungsmacht durch die Bolschewisten (Maximalisten) geglückt ist. Die Aufrufe und das Programm der neuen Gewalt weisen klare Sprache auf. Sie stellen fest, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die Regierung übernommen und als den Hauptpunkt sofortige Friedensverhandlungen festgestellt haben. Der Kongreß der Sowjets steht mit seiner Macht dafür ein, so daß zu hoffen ist, die neue Gewalt werde sich befestigen können. Die Erklärungen besagen, daß die Uebernahme der Regierung ohne Blutvergießen erfolgt sei, während über Schweden gemeldet wird, daß sich schwere Kämpfe mit zahlreichen Todesopfern abgespielt hätten. Die Wahrheit ist noch nicht festgestellt.

Gleichviel: die Frage ist jetzt, wie die neue proletarische Regierung unter der Führung von Lenin und Trotzky ihren Weg weiterfinden wird. Sie hat Waffenstillstand und sofortigen Frieden auf ihr Banner geschrieben. Das ist die Losung des Proletariats und gibt in Worten seiner Lebensfrage Ausdruck. Lenin und Entschließungen der Sowjets haben erklärt, daß auch für sie kein Sonderfrieden, sondern nur ein allgemeiner Friedensschluß in Betracht käme. Die proletarische Macht muß auf diesem Grundsatz beharren und nun den Druck auf die Ententemächte ausüben, daß sie Friedensverhandlungen zustimmen. Diese Aufgabe ist freilich eine ungeheure, denn im Augenblick spitzen sich die Kraftanstrengungen zur militärischen Entscheidung wieder ungeheuer zu. Ueberdies verkünden deutsche Annektionistenblätter, daß Kurland und Litauen von Preußen annektiert und Polen Oesterreich überlassen werden solle oder möchte.

Die Lebensbedingung der neuen proletarischen Macht in Rußland ist unbedingt die Friedensfrage, und der einzige Grundsatz, der für sie in Frage kommt, ist Frieden ohne jede Annektion oder Völkervergewaltigung. Es müßte nun eine kluge Politik von den Regierungen der Mittelmächte getrieben werden, die Klarheit und bestimmte Versicherungen über den Punkt: keine Annektionen schafft. Würde dies endlich erfüllt, so wäre das die größte Förderung auf dem Wege zu Friedensverhandlungen. Die deutsche Arbeiterklasse muß dafür wirken, daß die neue Regierung Hertling auf den Boden tritt, aus dem der Friede entsprießen kann: Keine Anektionen! Freies Selbstbestimmungsrecht aller Völker!

Der deutsche Fehler gegenüber Rußland.

Auch in bürgerlichen Kreisen beginnt man einzusehen, daß es ein schwerer Fehler der deutschen Regierung war, sich niemals offen zu dem russischen Grundsatze eines Friedens ohne jede Annektion zu bekennen. Man höre, was die Vossische Zeitung darüber ausführt:

„Die Formel des annektionslosen Friedens, durch die Kerenski und seine verschiedenen Regierungen ihr Ziel erreichen wollten, konnte aber nur dann ihre volle Wirkung tun, wenn Rußland in der Lage war, sich auf eine rückhaltlose Zustimmung seiner Gegner, also der Mittelmächte, zu dieser Politik zu berufen und dadurch seine Verbündeten vor die Alternative zu stellen, daß sie entweder ihre Eroberungsabsichten offen bekannten oder ebenfalls den annektionslosen Friedensgedanken sich zu eigen machten. Die wesentliche Voraussetzung für den Sieg dieser Politik sollte also von den Mittelmächten geschaffen werden. Sie ist nicht geschaffen worden. Eine wertlose Erklärung Bethmann Hollwegs im Reichstage und eine inhaltlich befriedigende Aeußerung des Grafen Czernin, der aber die deutsche amtliche Parallelerklärung fehlte, waren die ganze Antwort der Mittelmächte. Kerenski war nun, sowie dieser erste politische Schlag mißlang, dazu verurteilt, den Kampf gegen Rechts und Links im eigenen Lande unter täglich ungünstigeren Bedingungen fortzuführen. Er hat zunächst versucht, seinen Plan durch die internationale Sozialistenkonferenz zu fördern. Sie wurde aber von England unmöglich gemacht. Er hat schließlich die Offensive gegen die Mittelmächte noch einmal aufgenommen, nicht um zu erobern, sondern abermals nur, um den annektionslosen Frieden zu erzwingen.

Mit der Niederlage der Offensive kam die mühsam niedergehaltene Bewegung der Maximalisten zum Ausbruch; es zeigten sich die Folgen der verlorenen Monate, in denen Kerenski durch die verfehlte Politik der Mittelmächte sein Friedensziel nicht erreicht, wohl aber, wie nicht anders zu erwarten, einen erheblichen Teil seines Einflusses und seiner Macht im Innern verloren hatte. Er hat dennoch den Kampf nicht aufgegeben, sondern sich geradezu bewundrungswürdig weitere Monate hindurch gegen immer heftigere Anschläge von rechts und links gewehrt. Und auch in dieser Zeit haben seine Regierungen ebenso wie der Arbeiter- und Soldatenrat keine Gelegenheit versäumt, um immer wieder ihr Programm des allgemeinen und annektionslosen Friedens zu verkünden. Die deutsche Politik in diesen letzten Monaten ist wahrhaftig nicht geeignet gewesen, um dieser russischen Politik jetzt einen größeren Erfolg zu verschaffen als vorher ... In dem Augenblick, wo diese Ereignisse in Rußland sich abspielen, wo die radikalste Demokratie sich anschickt, die Regierungsgewalt zu ergreifen und von neuem den Grundsatz des annektionslosen Friedens zum offiziellen Programm zu machen, wird bei uns eine einseitige und vorzeitige Verfügung über die im Osten besetzten Gebiete vorbereitet, die formell und sachlich nur als Annektion bezeichnet werden kann. Glücklicherweise ist dieser Plan bisher noch nicht verwirklicht, sondern für einige Zeit vertagt worden; und die Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, geben uns noch Zeit, eine gründliche Einkehr und Umkehr zu halten. Gestern ist es von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, von der Kreuzzeitung bis zum Vorwärts unmißverständlich erklärt worden, daß unsere Politik jetzt von ernsteren Gesichtspunkten bestimmt zu werden hat als von Krönungsfragen. Der Augenblick fordert von uns eine klare Entscheidung über unsere zukünftige Politik. Die volle Verständigung mit Rußland ist nicht nur die Vorbedingung eines baldigen Friedens, sie ist auch die unbedingt notwendige Sicherung unserer politischen Zukunft und der Freiheit Europas."

Für sofortigen Waffenstillstand!

Ein demokratischer Frieden allen Völkern angeboten!

Die Kundgebung der neuen Revolution.

Petersburg, 9. November. Der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands richtete folgenden Aufruf an die Arbeiter, Soldaten und Bauern:

Auf der Grundlage des Willens der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf die gelungene Erhebung der Arbeiter und der Garnison von Petersburg, nimmt der Kongreß die Gewalt in seine Hand. Er wird allen Völkern einen demokratischen Frieden und einen sofortigen Waffenstillstand, der alsbald auf sämtlichen Fronten eintreten soll, vorschlagen. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte wird die unentgeltliche Auslieferung der privaten, Regierungs- und Kirchenländereien an die Bauernausschüsse sicherstellen, die Rechte der Soldaten verkünden und die Verwirklichung einer vollkommenen Demokratisierung der Armee, eine Kontrolle der Arbeiter über die Erzeugung schaffen, die Einberufung der Verfassunggebenden Versammlung zu gelegener Zeit sicherstellen, für die Versorgung der Städte mit den Gegenständen des dringlichen Bedarfes sorgen und allen Nationalitäten, die Rußland bevölkern, das wirkliche Recht garantieren, ihre Zukunft zu organisieren. Der Kongreß beschließt, daß die gesamte örtliche Verwaltung auf die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte übergehe, die eine dauerhafte revolutionäre Organisation herzustellen haben. Der Kongreß fordert die Soldaten in den Schützengräben zur Wachsamkeit und Festigkeit auf. Der Kongreß ist überzeugt, daß die revolutionäre Armee die Revolution gegen alle imperialistischen Versuche zu schützen wissen wird bis zu dem Augenblicke, wo die neue Regierung den demokratischen Frieden zustande gebracht haben wird, den sie auf direktem Wege allen Völkern vorschlagen wird. Die neue Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, um der Armee alles Notwendige zu sichern durch eine energische Politik der Anflagen und Steuern für alle begüterten Klassen. Sie wird in gleicher Weise die wirtschaftliche Lage der Soldatenfamilien verbessern.

Die Parteigänger Kornilows, Kerenskis, Kaledins und andere versuchten, Truppen nach Petersburg kommen zu lassen. Einige Abteilungen, die sich durch Kerenski hatten täuschen lassen, sind bereits auf die Seite des in Erhebung befindlichen Volkes übergetreten.

Soldaten! Setzt tatkräftigen Widerstand Kerenski, diesem Parteigänger Kornilows entgegen! Eisenbahner! Haltet die Streitkräfte an, die Kerenski gegen Petersburg schickt!

Dieser Aufruf wurde mit allen gegen zwei Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Hauptpunkte: Frieden und Landverteilung!

Petersburg, 8. November. Der revolutionäre militärische Ausschuß des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates hat folgenden Aufruf an die Bürger Rußlands veröffentlicht:

„Die Vorläufige Regierung ist gestürzt. Die gesamte Macht ist in die Hände des Organs des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats, nämlich des revolutionären militärischen Ausschusses, übergegangen, der an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petersburg steht. Das Ziel, für das das Volk kämpfte, nämlich Vorschlag eines sofortigen demokratischen Friedens, Aufhebung des Rechtes der Grundeigentümer, Land zu besitzen, Aufsicht der Arbeiter über die Erzeugung und Bildung einer Regierung des Arbeiter- und Soldatenrates ist gesichert. Es lebe die Revolution der Soldaten, Arbeiter und Bauern."

Ein zweiter Erlaß des Ausschusses besagt: „Die Regierung Kerenskis ist ohne Blutvergießen gestürzt. Der Ausschuß fordert die Front auf, den Petersburger Soldaten- und Arbeiterrat, die neue revolutionäre Macht, zu unterstützen, der sofort einen gerechten Frieden und Rückgabe des Landes an die Bauern vorschlagen und die Verfassunggebende Versammlung einberufen wird."

Die baltische Flotte für die Revolutionäre.

Petersburg, 9. November. Nach Meldungen aus Helsingfors haben die Abgeordneten der baltischen Flotte und die Soldatenausschüsse beschlossen, sich dem Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg und dem Revolutionsausschuß anzuschließen und sie zu unterstützen. Der Revolu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171110-15/fragment/page=0001

sionäre Ausschuß in Reval hat alle militärisch wichtigen Punkte dort besetzt.

Kronstadt. Wie in der Hauptstadt, so haben auch in Kronstadt die Truppen auf Befehl des revolutionären militärischen Komitees alle öffentlichen Gebäude besetzt.

Nach Meldungen aus Kasan ist der dortige Truppenbefehlshaber, General Archipow, festgenommen worden; die Offiziersmesse und die Offiziere der Panzerkraftwagen haben sich ergeben.

•

Lenin und Trotzky.

Genf, 9. November. Der als Haupturheber des geglückten Staatsstreiches geltende Trotzky freut, wie Depeschen behaupten wollen, eine überragende Stellung nach Art Kerenskis an. Die neuen Sowjet-Machthaber wollen aber überhaupt keine diktatorischen Gelüste aufkommen lassen; nur kollegial gefaßte Beschlüsse sollen Geltung haben. Daß Lenin eine führende Rolle zukommt, ist nicht zu bezweifeln. Seiner Tatkraft und rücksichtslosen Entschlossenheit ist der Zusammenhalt und die Stärke der Bolschewikisten hauptsächlich zu verdanken.

Kerenski und Kornilow.

Das Kopenhagener Extrablad meldet, daß Kerenski schon in der Peter-Pauls-Festung gefangengesetzt sei und daß weiter verlautet, daß Lenin Ministerpräsident und Trotzky Generalissimus werden solle. Kornilow und seine Parteigänger sind in die Peter-Pauls-Festung in Petersburg überzuführen und sofort vor ein revolutionäres Kriegsgericht zu stellen.

Ruhe und Ordnung in Petersburg.

Petersburg, 9. November. Heute früh erschienen die Zeitungen wie gewöhnlich, ausgenommen die Mehrzahl der bürgerlichen Presse, deren Setzmaschinen durch den Arbeiter- und Soldatenrat weggenommen worden waren, um den Druck der Zeitungen der Soldaten, Arbeiter und Sozialisten zu sichern. Die Ruhe hält an. Der Stadtrat setzte einen Ausschuß der Oeffentlichen Wohlfahrt ein, der sich zusammensetzt aus Vertretern des Magistrats, des Hauptausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats, des Rats der Bauern und der militärischen und Arbeiterorganisationen. Die anläßlich der Vorgänge vom 16. und 18. Juli verhafteten Maximalisten wurden in Freiheit gesetzt.

In einem am Mittwoch, 7. November, um 7 Uhr 30 Min. abends, aus Petersburg abgesandten Bericht heißt es: Trotzky erklärte in einer Versammlung der Maximalisten, daß Maßregeln ergriffen worden seien, um Ausschreitungen zu verhüten und daß das Militär und die Polizei Befehl erhielten, Plünderer zu verhaften. Ferner erklärte er, daß die Truppen, mit Ausnahme einiger Batailleine und der Kadetten sich den Maximalisten angeschlossen hätten und auf den Dächern der Häuser Maschinengewehre aufgestellt worden seien. Alle Revolutionäre in der Umgebung von Petersburg erhielten drahtlos den Befehl, jeden Versuch, Regierungstruppen zur Unterdrückung der Bewegung nach Petersburg zu schicken, zu verhindern. Die Vertreter der 5. Armee schickten den Maximalisten eine Sympathiedepesche. Die sog. Rote Garde Petersburgs ist bis an die Zähne bewaffnet. Einige Brücken über die Newa sind abgeschlossen. In der Gegend der Botschaften der Alliierten ist es ruhig. Am 8. d. M., 1 Uhr mittags, beschlossen die Mitglieder der (alten) Vorläufigen Regierung, die sich im Winterpalast befanden, Kiischki außerordentliche Vollmachten zu geben, um die Ordnung in der Hauptstadt wieder herzustellen. Der (alte) Minister des Aeußeren beauftragte durch Rundschreiben alle Regierungskommissare in der Provinz, einen Aufstand in ihren Distrikten zu verhüten. Konowalow richtete einen Aufruf an die Soldaten an der Front, sich um die (abgesetzte) Vorläufige Regierung zu scharen und diese gegen die Sowjet zu unterstützen. Die Anhänger der Regierung sind zweifellos schwach und vielleicht nicht genug organisiert. Sie werden durch die Revolution noch mehr geschwächt, die infolge des geringen Widerstandes rasch um sich greift. Selbst die Kosaken erklären sich neutral.

•

Das Proletariat an der Macht.

Ein russischer sozialistischer Mitarbeiter schreibt uns:

Die Vorgänge in Rußland sind hochbedeutsam. Die A.- und S.-Räte haben die Regierungsgewalt an sich gerissen, die Bolschewiki haben die Führung übernommen, die Mitglieder der alten provisorischen Regierung sind teils verhaftet, teils geflohen. Es ist das nicht etwa eine Aktion des Petersburger A.- und S.-Rates, sondern ein vom Allrussischen Kongreß der A.- und S.-Räte, der gegenwärtig in Petersburg tagt, gebilligter und von den Petersburger Arbeitern und Soldaten durchgeführter Schritt, der — vielleicht — dem unerträglichen Wirrwarr im Lande, den unsäglichen Leiden des Volkes, nein, der Völker, endlich ein Ende bereiten wird. Daß dem Bureau des Hauptkongresses der A.- und S.-Räte neben 14 Bolschewiki, 7 Sozialisten-Revolutionäre der linken Richtung, vermutlich mit Tschernow an der Spitze, angehören, bedeutet gleichzeitig einen starken Rückhalt bei der Bauernschaft.

Der Schritt der A.- und S.-Räte kommt nicht überraschend. Ueberall im Lande häufen sich die Anzeichen einer lawinenartig anwachsenden Sympathie für die Bestrebungen der Bolschewiki, die gegen die widerspruchsvolle, fast- und kraftlose Politik der provisorischen Regierung einen klaren und zielbewußten Kampf führten. Die heißumstrittene Frage der künftigen Gestaltung der Regierungsmacht, die Frage einer Koalition mit oder ohne die Kadetten, hat jetzt in wenigen Stunden eine Entscheidung im Sinne der Bolschewiki gefunden: Uebernahme der Regierungsgewalt durch die Organe der revolutionären Demokratie. Es handelt sich hier um keine Ueberrumpelung, um keine Verschwörung. In Ausführung eines Mehrheitsbeschlusses der A.- und S.-Räte haben sie entschlossen und fraglos im Sinne der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung gehandelt.

Wie stark die Anhängerschaft der Bolschewiki in Petersburg inzwischen angewachsen ist, erhellt schon daraus, daß die Regierung, die sich seit Monaten auf das Hervorreten der Bolschewiki vorbereitet hatte, so rasch beseitigt werden konnte. Zur Beruhigung der Gemüter erklärte vor zirka zwei Wochen der Generalstab, er schätze zwar die Petersburger Arbeiter im Besitze von zirka 40 000 Gewehren, würde aber jeden Versuch der Bolschewiki, gegen die Regierung vorzugehen rasch und entschlossen im Keime ersticken.

Die Ereignisse zeigen wieder einmal, wie mangelhaft orientiert die Regierungsmänner über die wahre Stimmung der Bevölkerung waren. Nach einem Ausspruch Kerenskis sollen zwar die Männer, die an der Spitze der Regierung stehen, die einzigen im Lande sein, die alles übersehen und alles wissen, und es soll ihre persönliche Schuld sein, wenn sie nicht alles übersehen und nicht alles wissen. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß man auf die Höhe der Macht gelangt, die Stimme des Volkes nicht mehr vernimmt, und wenn man nicht ständig bemüht ist, in engster Fühlung mit dem Volke zu bleiben, Gefahr läuft, sich dieses in kürzester Zeit zu entfremden.

Zum Verhängnis ist der Kerenskischen Regierung und den Menschewiki das Festhalten am Koalitionsgedanken geworden. Unter Berufung auf Geschichte und Parteiliteratur wollten sie immer wieder beweisen, daß die russische Revolution eine bürgerliche Revolution sei und die revolutionäre Demokratie deshalb nicht allein die Regierungsmacht übernehmen dürfe. Aber das „Zusammenwirken" der entgegengesetzt gerichteten Kräfte der Bourgeoisie und des Proletariats in der Koalitionsregierung bedeutete schließlich die Aufhebung jeder nennenswerten Kraft überhaupt.

Nun hat das russische Proletariat, als das einzige der Welt, wieder die Macht und die Möglichkeit, eine Politik zu führen, die Rußland und der Menschheit den heißersehnten Frieden auf der vom A- und S-Rat verkündeten und auch von der deutschen Sozialdemokratie angenommenen Grundlage bringt. Es ist unser heißester Wunsch, daß klares Wollen und zielbewußtes Handeln dem russischen Proletariat den bleibenden Ruhm sichern möge, der Kultur schändenden Barbarei dieses unseligsten aller Kriege ein Ende bereitet zu haben. Der Dank der gesamten Menschheit — bis auf die Kriegsgewinnler — wäre den russischen Genossen gewiß. N. A. Verow.

•

Die Kerenski-Regierung vor Gericht gestellt!

Petersburg, 9. Nov. In der Sitzung des Hauptkongresses der Arbeiter- und Soldatenräte berichtete ein Mitglied des revolutionären Ausschusses, daß Kerenski am 7. November in Gatschina, 35 Werst von Petersburg, an eine Abteilung von 6000 Mann, die von der Front nach der Hauptstadt geschickt worden sei, eine Ansprache gehalten habe. Nach Unterhandlungen habe die Abteilung erklärt, daß sie für den Augenblick von dem Marsche nach Petersburg abstehe. In derselben Sitzung erklärte der Vorsitzende des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, Trotzky, daß die Verhaftung der ehemaligen Minister kein Akt der Rache oder der politischen Vergeltung sei. Alle sozialistischen Minister sowie die ganze Regierung würden wegen der Teilnahme an der Verschwörung Kornilows vor Gericht gestellt. Der revolutionäre militärische Ausschuß hätte indes mit Rücksicht auf die politischen Parteien, denen die sozialistischen Minister angehörten, beschlossen, über sie die Haushaft zu verhängen.

•

Die Annektionsfrage im Osten.

Der schwerste Schlag für die Friedensaussichten wäre es, wenn die Mittelmächte in der Frage Polen, Kurland, Litauen die ungeheuerlichen Pläne verwirklichen wollten, die die Presse dieser Lage mitgeteilt hat. Im österreichischen Parlament gab es darüber bereits erregte Debatten. Eine Anfrage der Ruthenen protestierte gegen die Angliederung Galiziens an Polen, durch die die galizische Ukraine unter die polnische Herrschaft kommen würde. In der von Dr. Adler namens der deutschen Sozialdemokraten gestellten Anfrage wird auf den Widerstand hingewiesen, welche die geplante Lösung in den Ententestaaten hervorrufen würde. Der Verlust Kurlands bedeutet für Rußland nicht weniger als den Verlust seines einzigen brauchbaren eisfreien Hafens in der Ostsee. In der Anfrage wird weiter erklärt, daß der Plan eine ernste Gefährdung des Friedens sei und ebenso für die bisherige Demokratie in Oesterreich als auch für die Freundschaft Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn gefährlich sei.

Ministerpräsident v. Seidler sagte: Es kann heute noch nicht davon gesprochen werden, daß die polnische Frage gelöst sei. Die mit der deutschen Regierung eingeleiteten Vorbesprechungen hätten noch nicht zu einer vollen Klärung geführt. Der österreichischen Volksvertretung würde rechtzeitig und ohne Präjudizierung Gelegenheit zur Stellungnahme geboten werden. Ich möchte noch ausdrücklich betonen, daß die polnische Frage — möge ihre Lösung welche immer sein — kein Friedenshindernis darstellen kann, weil sie eine Vergewaltigung ausschließt. Nach freier Wahl soll der polnische Staat sich in Zukunft seine politische Orientierung suchen.

Was hat die deutsche Regierung darauf zu erklären? Stimmt sie dem zu? Wird auch sie vorher den Reichstag befragen, ehe sie Schritte tut? Warum hat sie das bisher nicht getan? Warum ist über Polen die Form des Königsreichs verfügt worden, wenn der Grundsatz des österreichischen Ministers Geltung haben soll, daß die Völker selbst und frei darüber entscheiden sollen. Es ist notwendig, daß mit allem Nachdruck betont wird, daß aus den Fragen Polen, Kurland, Litauen kein Friedenshindernis gemacht werde!

Politische Uebersicht.

Reichstagsverschiebung — Kreditvorlage — Vertrauensvotum.

Berlin, 10 November. Wie die Blätter melden, wird, da der Zusammentritt des Reichstages vom 22. November auf den 29. November verschoben wurde, auch das Abgeordnetenhaus seinen Zusammentritt noch etwas verschieben. Auf der Tagesordnung der ersten Reichstags-Sitzung werde die erste Lesung der neuen Kreditvorlage über 15 Milliarden stehen. Hierbei beabsichtigen die Mehrheitsparteien eine gemeinsame Vertrauenserklärung für das Kabinett Hertling abzugeben.

Die neuen Ernennungen.

Erste Vorstellung der neuen Männer am 29. November.

Berlin, 10. November. Wie die V. Z. erfährt hat Geheimrat Dr. Friedberg gestern abend die Ernennung zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums erhalten; mit v. Payer wurde gestern abend in Stuttgart verhandelt. Auch seine Ernennung dürfte bereits vollzogen sein. Das B. T. teilt mit, daß die Absicht bestehe, v. Payers Mandat (Wahlkreis Reutlingen-Tübingen) dem Staatssekretär Dr. Dernburg anzubieten, falls v. Payer das Vizekanzleramt annimmt und für den Reichstag nicht wieder kandidieren sollte.

Berlin, 10. November. Der Vorwärts erklärt, es fehle noch der fortschrittliche Minister für Preußen, dessen Ernennung allgemein erwartet und bei nächster Gelegenheit auch erfolgen werde.

Berlin, 9. November. (Amtlich.) Der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling hat heute die bereits für einen früheren Zeitpunkt geplant gewesene Reise nach München angetreten. Da der Reichskanzler zur Ordnung dringender Angelegenheiten einige Zeit in München bleiben will, wird er im Reichstage erst am 29. November erscheinen können. Im Preußischen Abgeordnetenhause wird Graf v. Hertling am 3. Dezember das Wort nehmen.

Die Organe der vier Mehrheitsparteien schwelgen in Freude und Wonne, daß sich das parlamentarische Regiment durchgesetzt und die „Demokratisierung" Deutschlands den entscheidenden Schritt vorwärts gemacht habe. Es ist nur billig, daß man diese Freude nicht stört. Zur richtigen Zeit wird die deutsche Arbeiterklasse schon fragen, woran sie denn nun eigentlich die Fortschritte merken soll . . .

•

Zur Rechtfertigung Helfferichs veröffentlicht die Nordd. Allgemeine Zeitung ein Schreiben, das Herr Helfferich am 28. Oktober an den Grafen Hertling in München richtete und in dem es heißt: „In den fast drei Jahren meiner Tätigkeit im Reichsdienst habe ich mir in Parlament und Presse Gegnerschaften zugezogen, die bei meinem Verbleiben im Amte für Eure Exzellenz eine ebenso unerwünschte wie vermeidbare Belastung bilden können. Eure Exzellenz brauchen außerdem in der Auswahl Ihrer Mitarbeiter und namentlich Ihres ersten Mitarbeiters volle Bewegungsfreiheit. Ich stelle deshalb mein Amt Eurer Exzellenz zur Verfügung und erkläre mich bereit, Seiner Majestät dem Kaiser mein Entlassungsgesuch einzureichen, sobald Eure Exzellenz sich überzeugt haben sollten, daß mein Ausscheiden im Interesse der Sache liegt und Eurer Exzellenz die Bewältigung der neuen großen Aufgabe erleichtert." — Das Regierungsblatt teilt ferner mit, daß Dr. Helfferich die von den Führern der Mehrheitsparteien bei den letzten Verhandlungen angeregte Uebernahme eines neu zu bildenden Staatssekretariats für die besetzten Gebiete oder für die Vorbereitung der wirtschaftlichen Friedensaufgaben, desgleichen das ihm nahegelegte Verbleiben im preußischen Staatsministerium als Minister ohne Portefeuille abgelehnt hat.

Oesterreich-ungarischer „Ausgleich".

Die österreichischen Ausgleichsverhandlungen. Wien, 8. Nov. Die Wiener Zeitung veröffentlicht Dekrete, durch die die Delegationen auf den 3. Dezember nach Wien einberufen werden.

Es wählt alljährlich der österreichische Reichsrat eine Delegation aus seinen beiden Häusern und ebenso geschieht es im ungarischen Reichstage. Beiderseits werden je 40 Abgeordnete und je 20 Herrenhäusler (in Ungarn Magnaten geheißen) gewählt, und diese 60 Mann bilden die österreichische bzw. ungarische Delegation. Alle gemeinsamen Angelegenheiten gehören zur Zuständigkeit der Delegation, also die auswärtige Politik, Heer, Marine und das Reichsland Bosnien-Herzegowina, das dem Reichsfinanzministerium unterstellt ist, aber eigentlich in oberster Instanz militärisch verwaltet wird. Nun werden zwar in den beiderseitigen Parlamenten, die ja die Rekruten und alle Kosten zu bewilligen haben, auch Heeresangelegenheiten besprochen, und zwar vertreten die beiderseitigen Landesverteidigungsminister die Heeresleitung und -verwaltung. Aber die auswärtige Politik kann weder im Reichsrat noch im Reichstag maßgebend besprochen werden, weil eben ihr Leiter nicht da ist.

Was nun die 40 Delegierten des österreichischen Abgeordnetenhauses anbelangt, so hat sich hier ein wichtiger Rest der einstigen föderalistischen Staatsverfassung erhalten. Sie werden nämlich nicht aus dem ganzen Hause gewählt, wie jeder andere Ausschuß, sondern nach einem festgelegten „Verteilungsschlüssel" von den Abgeordneten jeder einzelnen Provinz, den berühmten „im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern". Da aber so viele der 17 Kronländer zwei Nationen bergen, so machen sich allerhand Kompromisse nötig um auch der Minderheitsnation, die ja in einem anderen Kronlande wieder die Mehrheitsnation ist, die gebührende Vertretung zu sichern. Am schlechtesten fahren dabei die Sozialdemokraten, die auf diese Weise weniger Delegierte erhalten, als ihnen nach ihrer Mandatzahl zustünden. Möglich, daß der Eintritt der tschechischen und polnischen Sozialdemokraten in ihren gesamtnationalen Abgeordnetenverband ihnen diesmal eine stärkere Vertretung bringt.

Zu beachten ist, daß die Delegationen zwar Ausschüsse, aber doch auch selbständige Parlamente sind, nur daß ihnen das wichtigste Parlamentsrecht, nämlich das Etatsrecht, fehlt. Mit den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten haben sie nichts zu tun, das ist Sache des Reichsrats und Reichstags, denen die Delegationen auch keinen Bericht erstatten.

Die österreichische und die ungarische Delegation tagen abwechselnd in Wien und Budapest, aber sie beraten für sich gesondert.

Erweiterung des Hilfsdienstgesetzes.

Dem Hilfsdienstausschuß ist eine vom Bundesrat beschlossene Verordnung unterbreitet worden, die auf eine Erweiterung des Hilfsdienstgesetzes hinzielt. Wie in der Begründung gesagt wird, deckt die von den Ortsbehörden vorgenommene Registrierung den Bedarf an Hilfsdienstpflichtigen auf die Dauer nicht. Der Entwurf führt dieses unzureichende Ergebnis darauf zurück, daß sich zahlreiche Meldepflichtige zu Unrecht nicht gemeldet haben. Der § 2 des neuen Entwurfs bestimmt nun, daß sich zu melden haben alle männlichen Deutschen, die nach dem 31. März 1858 geboren sind und das 17. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht a) zum aktiven Heer oder zur aktiven Marine gehören oder b) auf Grund einer Reklamation vom Dienst im Heere oder in der Marine zurückgestellt sind.

Von einschneidender Bedeutung ist § 7, der bestimmt: Jeder Meldepflichtige hat auf Aufforderung des Vorsitzenden des Einberufungsausschusses persönlich zu erscheinen, auf Fragen des Vorsitzenden oder seines Vertreters Auskunft zu erteilen und sich einer Untersuchung durch den vom Vorsitzenden bestimmten Arzt zu unterziehen.

Scheidet ein Meldepflichtiger vor Vollendung des 60. Lebensjahres aus der Beschäftigung bei seinem bisherigen Arbeitgeber aus oder wechselt er seine Wohnung, so hat er dies spätestens am dritten darauf folgenden Werktag dem für seinen Wohnort und, wenn er diesen wechselt, für seinen bisherigen Wohnort zuständigen Einberufungsausschuß mitzuteilen. Dabei ist seine neue Tätigkeit, sein neuer Arbeitgeber, die neue Wohnung sowie eine eventuelle militärische Einberufung anzugeben. Außerdem hat auch der bisherige Arbeitgeber spätestens am dritten Werktage das Ausscheiden dem für den bisherigen Wohnort des Meldepflichtigen zuständigen Einberufungsausschuß mitzuteilen. Strafen für Nichteinhaltung der Vorschriften gehen bis zu sechs Monaten Gefängnis oder bis zu 10 000 Mark Geldstrafe. Durch eine sehr eingehend ausgearbeitete Meldekarte sollen die Verhältnisse der Hilfsdienstpflichtigen möglichst genau erfaßt werden.

Aus der Partei.

Der Vorwärts und die Politik des 4. August.

Der Vorwärts greift den Genossen Albrecht an — und zwar in der Art, wie man es bei diesem Blatt jetzt gewohnt ist. Dazu nimmt er die letzte Versammlung des Unabh. Sozialdemokratischen Vereins in Halle zum Anlaß, die sich bekanntlich mit der Lage nach dem Würzburger Parteitag befaßte, weil ein anderes Thema zu behandeln dem Hallischen Unabh. Sozialdemokratischen Verein einfach nicht möglich ist. Der Vorwärts schreibt darüber:

„Auch die Unabhängigen ließen sich durch Albrecht einen Vortrag über unseren Parteitag halten. Der fast zweistündige Vortrag weckte keine Debatte. Betreffs der Wiedervereinigung sagte der Redner, nicht eher komme eine solche in Frage, als bis unsere Partei offen bekannt habe, daß unsere Politik vom 4. August 1914 eine grundsätzlich falsche gewesen sei. Der wackere Mann scheint schon vergessen zu haben, daß er jahrelang diese Politik selbst mitgemacht hat."

Das ist eine Unehrlichkeit sondergleichen! Der Vorwärts weiß sehr gut! daß Genosse Albrecht von Anfang an gegen die Politik des 4. August Front gemacht hat. Er war (neben dem Genossen Kunert) einer der 14, die am 3. August in der Fraktion gegen die Kreditbewilligung stimmten. Aber er fügte sich, genau wie Haase und Liebknecht dem Beschluß, hoffend, daß sich die Fraktion bald von dem eingeschlagenen Irrwege zurückfinden werde. Albrecht hat von Kriegsbeginn an in Wort und Schrift gegen die unheilvolle Kriegspolitik der Mehrheit gewirkt und glaubte sehr lange an eine mögliche Aenderung. Erst als die Minderheit aus der Fraktion gedrängt worden war und sich in Gotha sammeln mußte, erst als tatsächlich zwei Parteien bestanden, trat er aus dem alten Parteikorper aus. Für dieses lange Ausharren bei der Parteieinheit ist Gen. Albrecht damals sehr gelobt worden, gerade von jenen Mehrheitsleuten, die ihn jetzt schmähen: „er habe ja jahrelang Politik mitgemacht." Damals wurde er als Musterbeispiel angeführt, wie man die „Parteieinheit" aufrecht erhielte, heute deutet man an, warum der Kerl nicht schon am 4. August 1914 aus der Partei hinausgegangen sei! Das ist eine Kampfesweise, die man als unwürdig ablehnen sollte!

Aber der Vorwärts kann das nicht, weil er ja die Opportunität, die „Zweckmäßigkeit" zu seinem sogenannten Grundsatz erkoren hat. Alle Gründe gelten, wenn sie nur die Unabhängigen herabsetzen geeignet sind. Dabei merkt er nicht, wie er sich selber beim Wickel kriegt. In den letzten Wochen, ehe Michaelis ging, hat der Vorwärts ungezählte Male die „Politik des 4. August" angedroht. Daß die Kriegskreditverweigerung jetzt selbstverständlich sei, falls Michaelis nicht gehe, betonte er jedem Zug immer deutlicher. Aber freilich nicht als Grundsatz sozialdemokratischer Politik, sondern als Spiel der Opportunität, als „Zweckmäßigkeit", die man jetzt wieder fallen läßt, sobald von oben ein Lüftchen weht, das man als leuer zu empfinden meint. Jetzt schwelgt der Vorwärts nicht mehr in Kreditablehnung, sondern in Verherrlichung des politischen Fortschritts, der sich bei uns so friedlich (in einem Reichstagsäummerchen) durchgesetzt habe im Gegensatz zu Rußland, wo das Volk selbst auf den Plan treten müsse. Jetzt ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171110-15/fragment/page=0002

die Scheidemannfraktion wieder Regierungspartei und braucht nicht bekennen, daß die Politik des 4. August eine falsche war. Diese Politik hat der Genosse Albrecht nicht mitgemacht, sondern die andern haben sie gegen seine Ueberzeugung gemacht. Er ist nur — wie Tausende und wir alle — noch eine Längere Zeit in der Partei geblieben, als die Mehrheit die Kriegspolitik trieb. Das aber jetzt im verächtlich gemeinten Sinne auszuspielen, blieb in der Tat dem Vorwärts vorbehalten. Er weiß, welche Waffen sich für eine Regierungssozialdemokratie geziemen.

Ums tägliche Brot.

Höchstpreise für Hafernährmittel und Teigwaren.

Nachdem am 16. Oktober 1917 neue Preise für Grieß und Gerstengraupen festgesetzt worden sind, bestimmt nunmehr eine Verordnung des Kriegsernährungsamts auch die neuen Höchstpreise für Hafernährmittel und für Teigwaren, und zwar wie dort Höchstpreise für den Großhandel und solche für den Kleinhandel. Auch hier wird als Großhandel jeder Verkauf an Kleinhändler und als Kleinhandel jeder Verkauf unmittelbar an den Verbraucher angesehen. Was zunächst die Hafernährmittel anbelangt, so macht der Ausfall der Haferernte es erforderlich, die geringen Mengen an Hafernährmitteln, die zurzeit hergestellt werden können, den Kranken und den Kindern vorzubehalten. Die Hafernährmittel sollen demnach, abgesehen von den gewöhnlichen Haferflocken, nur in geschlossenen Packungen in den Verkehr gebracht werden.

Die Großhandelspreise für den Doppelzentner Hafernährmittel sind wie folgt festgesetzt worden: für gewöhnliche Haferflocken, lose 81,20 Mk., für Hafermehl (Kindernahrung) in 250-Gramm-Packungen 116 Mk., für Haferflocken (Kindernahrung) in 500-Gramm-Packungen 112,75 Mark, in 250-Gramm-Packungen 116,75 Mk., für gewöhnliche Haferflocken in 250-Gramm-Beuteln 111 Mk. **Die neuen Kleinhandelspreise betragen für ein Pfund gewöhnliche Haferflocken** (lose) 50 Pf., für eine 250-Gramm-Packung Hafermehl (Kindernahrung) 95 Pf., für eine 250-Gramm-Packung Haferflocken (Kindernahrung) 85 Pf., für eine 500-Gramm-Packung Haferflocken (Kindernahrung) 68 Pf., für einen 250-Gramm-Beutel gewöhnliche Haferflocken 33 Pf.

Die Großhandelspreise für den Doppelzentner Teigwaren sind bei Teigwaren aus 75prozentigem Mehl folgende: für Röhren 108 Mk., für Röhrenbruch 97 Mk., für andere Teigwaren 99 Mk; bei Teigwaren aus Auszugmehl betragen sie für Röhren 141 Mk., für Röhrenbruch 134 Mark, für andere Teigwaren 137 Mk **Die Kleinhandelspreise betragen für ein Pfund Teigwaren aus 75prozentigem Mehl bei Röhren 62 Pf., bei Röhrenbruch 58 Pf., für andere Teigwaren 60 Pf.; bei Teigwaren aus Auszugmehl für Röhren** 86 Pf., für Röhrenbruch 80 Pf., für andere Teigwaren 82 Pf. das Pfund. Da es möglich ist, daß sich zur Zeit des Erlasses der Verordnung Teigwaren noch zu höheren Preisen im Handel befinden, so ist vorgesehen, daß die Landeszentralbehörden, Kommunalverbände und Gemeinden für solche Teigwaren bis zum 30. November d. J. Ausnahmen an den festgesetzten Preisen zulassen können.

Im übrigen haben die Verbraucherpreise gegenüber den im letzten Wirtschaftsjahre bestandenen eine kleine Erhöhung erfahren: sie ist hauptsächlich in der durch die erschwerten Betriebsverhältnisse des Handels notwendig gewordenen Erweiterung der seitherigen Preisspanne für den Groß- und den Kleinhandel begründet. (Amtlich)

§ 9 der Reichsverfassung.

Der Verfassungsausschuß des Reichstags hat mit 15 gegen 12 Stimmen am 24. September beschlossen, den letzten Satz des § 9 der Reichsverfassung zu streichen, der lautet:

„Niemand kann zugleich Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein."

Die unabhängigen Sozialdemokraten stimmten gegen diese Streichung, die abhängigen dafür. Die letzteren erhoben nun ein lautes Geschrei gegen unsere Genossen und behaupten, diese Streichung bedeute einen Schritt auf dem Wege zur „Parlamentarisierung" der Regierung. Sie können jedoch nicht angeben, wieso das der Fall sein soll. Wie steht es in Wahrheit mit der Wirkung des Schlußsatzes des § 9?

Nach der Reichsverfassung stimmen die Mitglieder des Bundesrats in diesem nicht nach ihrer Ueberzeugung, sondern nach der ihnen von ihrer Regierung gegebenen Instruktion. Der Schlußsatz des § 9 hindert sie, Mitglied des Reichstags zu werden. Im Sommer dieses Jahres ersuchten Freisinnige den Genossen Haase, im Verfassungsausschuß einen Antrag zu unterzeichnen, der dies Hindernis beseitigen solle. Genosse Haase lehnte mit dem Bemerken ab, der Antrag würde nicht einer Parlamentarisierung die Wege ebnen, sondern eine Stärkung des bureaukratischen Systems bewirken. Eine Aenderung des Bundesrats sei erforderlich. Es gehe auch nicht an, daß man vorschreibe, ein Mann solle heute im Bundesrat gegen seine Ueberzeugung nach der ihm erteilten Instruktion, morgen im Reichstage nach seiner Ueberzeugung stimmen. Der Antrag, der jetzt als Türöffner für das parlamentarische System ausgeschrien wird, erschien dann am 11. Mai, unterzeichnet von den Freisinnigen, den Abhängigen und je einem Nationalliberalen, Polen und Elsaß-Lothringer. Er wurde, wie erwähnt, mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Die ablehnenden Stimmen setzten sich aus einem Teil des Zentrums und den Vertretern der Deutschen Fraktion, der Konservativen sowie der Unabhängigen zusammen.

Hoffentlich fällt der Antrag im Plenum. Denn er würde lediglich das bureaukratische System in Deutschland stärken und die Einführung des parlamentarischen Systems hindern. In der Tat hat der Antrag an sich keinerlei Zusammenhang mit dem parlamentarischen System.

Die Aufhebung des Verbots, gleichzeitig Mitglied des Bundesrats wie des Reichstags zu sein, würde das bestehende bureaukratische System stärken. Ganz abgesehen davon, daß es Hampelmannaturen sein müßten, die sich dazu hergeben, heute im Bundesrat gegen ihre Ueberzeugung nach Kommando mit Ja und morgen im Reichstag nach ihrer Ueberzeugung mit Nein zu stimmen, würde, so wie die Dinge bei uns liegen, das ohne Zutun des Parlaments in die Regierung berufene Reichstagsmitglied mehr nach der Richtung der Regierung auf seine Parteifreunde, als nach der Richtung seiner Parteigrundsätze auf die Regierung wirken. Nicht die Partei würde auf die Regierung, sondern diese auf die Partei abfärben. Aus der Vergangenheit sei an die „nationalliberalen" Minister v. Miquel und Möller erinnert; v. Miquel war als Minister eher als Führer der Agrarier wie als Führer der Nationalliberalen anzusprechen. So wie die Dinge liegen, ist ja schon heute eine starke Nachgiebigkeit von Abgeordneten Wünschen der Regierung gegenüber zu verzeichnen. Die Dunkelkammersitzungen der letzten Zeit und eine Reihe anderer Erscheinungen machen das für jeden, der sehen will, augenfällig. Das trifft insbesondere auch auf die Abhängigen zu. Es sei an einen Vorfall erinnert.

Am 12. Dezember 1916 waren die Führer der einzelnen Fraktionen vom Reichstagspräsidenten zu einer Besprechung über die Frage geladen, ob über das Friedensangebot, das der Reichskanzler machen würde, im Plenum debattiert werden solle. Das Zentrum und die Freisinnigen sprachen sich dagegen, die Konservativen, die Deutsche Fraktion und die Unabhängigen dafür aus. Der Vertreter der Abhängigen (Ebert) erschien etwas später. Nach seiner Darlegung war mit ihm schon vorher über die Frage gesprochen. Er erklärte, der Fraktionsvorstand sei einmütig der Ansicht, eine Debatte müsse stattfinden. Etwa anderthalb Stunden später wurden einige Abgeordnete vom Reichskanzler und seinem Vertrauensmann um eine Unterredung gebeten. Unmittelbar darauf kamen die Fraktionsführer wiederum zur Besprechung darüber, ob eine Debatte stattfinden solle, zusammen. Für die Abhängigen erschien statt Ebert Scheidemann. Er erklärte sich für seine Fraktion gegen eine Debatte im Plenum. Diese fand dann auch tatsächlich leider nicht statt.

Das bestehende bureaukratische System würde durch Aufhebung des Schlußsatzes des § 9 in Deutschland gestärkt werden. Der Lärm, der jetzt mit der beabsichtigten Aufhebung gemacht wird, soll Sand in die Augen des Volkes streuen und ihm vortäuschen, wir seien auf dem Wege zum parlamentarischen System. Was versteht man denn unter parlamentarischem System?

Unter parlamentarischem System verstehen wir im Gegensatz zu dem bureaukratischen und halbkonstitutionellen die Uebertragung der entscheidenden Gewalt auf das Volk oder die Volksvertretung. Die Volksvertretung hätte danach die Politik zu bestimmen, die Regierung sie lediglich auszuführen. Als Anhänger eines solchen Systems bekennt sich die sogenannte Reichstagsmehrheit nicht. Die Abhängigen haben sich trotz wiederholter Anzapfungen, was sie unter parlamentarischem System verständen, im Verfassungsausschuß hierüber ausgeschwiegen. Ehrlicher sind die Freisinnigen und Nationalliberalen. Sie erklären, sie wollten eine „lebendigere Fühlung zwischen Reichsregierung und Volksvertretung". Die Zentrumsleute erklärten kurzweg, unter parlamentarischem System verstehe jeder etwas anderes. Eine „lebendigere Fühlung zwischen Reichsregierung und Volksvertretung", das heißt ein noch stärkerer Einfluß der Reichsregierung auf Parlamentsmitglieder als heute. (L. B.)

Weitere Kriegsnachrichten.

Versenkungen aus Geleitzügen. Berlin, 9. November. Tatkräftig durchgeführte Streifzüge unserer U-Boote haben im Mittelmeer erneut zur Vernichtung zahlreicher Dampfer von zusammen über 28 000 B.-R.-T. geführt. In der Nähe der spanischen Südküste wurde ein Geleitzug von mehreren Fahrzeugen bei Nacht angegriffen und großenteils vernichtet. Zwei beladene Dampfer waren nach fünf Minuten versenkt, ein dritter fiel eine halbe Stunde später dem Geschützfeuer eines U-Bootes zum Opfer. Der bewaffnete englische Dampfer Ferrona, 4591 T., wurde in nächtlichem Feuerüberfall, der jede Gegenwehr erstickte, niedergekämpft. Zu den übrigen versenkten Schiffen gehörte der neu erbaute, mit 12-Zentimeter-Geschütz bewaffnete, englische Dampfer War Clover, etwa 5000 T., der sich mit einer Ladung von 8000 Tonnen Kohlen auf seiner ersten Reise befand. An den erzielten Erfolgen hat Kapitänleutnant Moraht hervorragenden Anteil. (Amtlich.)

Amerikas unerhaltsamer Imperialismus. Portugiesische Zeitungen bringen die Nachricht von der Besetzung der Azoren durch die Amerikaner, welche auf Punta Delgada großartige Befestigungen anlegen. Man fürchtet in Portugal, daß diese Besetzung endgültig werden könne.

Amerikanische Kriegsanleihe überzeichnet. Washington, 8. November. Schatzsekretär Mc Addo teilte mit, daß die Zeichnungen auf die letzte Freiheitsanleihe 4 617 532 300 Dollar betrügen. Die Anleihe sei daher um 54 Prozent überzeichnet, da nur 8 Milliarden gefordert seien. — Die Bureaus der Hamburg-Amerika-Linie wurden auf Befehl des Bundesverwalters des feindlichen Eigentums mit Beschlag belegt und den Angestellten aufgegeben, das Gebäude unverzüglich zu verlassen.

Kanadische Kriegsbegeisterung. Aus Montreal wird gemeldet, mehr als 90 Prozent der in den Stammrollen eingetragenen Dienstpflichtigen verlangt Dienstbefreiung mit den verschiedensten Ausreden.

Aus der Provinz.

Wertsteigerungen in der Landwirtschaft.

Wer Kriegsgewinne macht oder auf andere Weise in die Lage gekommen ist, über ein hübsches Stück Geld verfügen zu können, hat heute das natürliche Bedürfnis, Grundbesitz zu erwerben. Nicht nur, weil dieser Besitz allerhand Annehmlichkeiten des täglichen Lebens bietet, zumal in dieser schlechten Zeit, sondern auch, weil man meint, so das Kapital, das sich verflüchtigen könnte, am besten zu sichern. Die Preise der Güter und des Grundbesitzes schlechthin schnellen daher empor. Und wenn das so weiter gehen sollte, wie es bisher gegangen ist, dann wird es bernach heißen, daß schon deshalb nicht daran gedacht werden könnte, die Preise der notwendigen Lebensmittel wieder auf ein erträgliches Maß zu senken, weil die Verzinsung der eingetragenen oder angenommenen Werte so unsagbar viel Geld erforderten. Wir kennen ja das annutige Wechselspiel. Die Sache ist für die breiten Massen der Bevölkerung um so schlimmer, als schon vor dem Kriege die Wertsteigerung bei den landwirtschaftlichen Grundstücken jedes vernünftige Maß überschritten hat. Da es sich um einzelne Vorgänge handelt, die erst später in der Statistik zusammenfassend gewürdigt werden, so wird wohl nicht so sehr darauf geachtet.

Einige Zahlen aus dem Regierungsbezirk Münster: Nach dem neuesten Erganzungsheft der Zeitschrift des Preußischen statistischen Landesamts kostete ein Hektar im Durchschnitt der Jahre 1895 bis 1897 bei Landgütern in der Größe

Größe bis	zu 2 ha	8418 Mk.,	dagegen	1910/12	5066 Mk.,
von 2 bis	5 ha	2582 Mk.,	dagegen	1910/12	8728 Mk.,
von 5 bis	20 ha	1799 Mk.,	dagegen	1910/12	2492 Mk.,
von 20 bis	100 ha	1420 Mk.,	dagegen	1910/12	2284 Mk.,
von 100 bis	500 ha	1335 Mk.,	dagegen	1910/12	3172 Mk.

Für Stückländerein wurden bezahlt:

Größe bis	zu 2 ha	1895/97	1863 Mk.,	1910/12	2442 Mk.,
von 2 bis	5 ha	1896/97	1513 Mk.,	1910/12	2052 Mk.,
von 5 bis	20 ha	1895/97	910 Mk.,	1910/12	1798 Mk.,
von 20 bis	100 ha	1895/97	411 Mk.,	1910/12	1974 Mk.,
von 100 bis	3000 ha	1895/97	— Mk.,	1910/12	297 Mk.

Das ist bei den Landgüterverkäufen also im Durchschnitt eine Preissteigerung um mehr als 50 Prozent. Nun ist der Krieg dazu gekommen. Die Wertschätzung des ländlichen Grundbesitzes hat erheblich zugenommen und für „gut arrondierte" Landstücke werden von kapitalkräftigen Leuten Summen gezahlt, die für vernünftig rechnende Menschen Liebhabereien sind. Es ist zu befürchten, daß diese Liebhabereien im Verein mit der natürlichen Entwicklung der Dinge nun sachte und ohne viel Aufheben Verhältnisse entgegentreibt, die in dieser Hinsicht jeder Förderung des Gemeinwohls einen Riegel vorschieben, wenn nicht beizeiten eine stärkere Hand eingreift.

Viehzählung am 1. Dezember.

In einer Sitzung des Bundesrates gelangten am Donnerstag zur Annahme: Eine Aenderung der Bekanntmachung, betreffend Verbot von Mitteilung über Preise von Wertpapieren usw. vom 25. Februar 1915, und der Entwurf einer Verordnung über Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1917.

Merseburg. Ueber Hausschlachtungen erläßt der Landrat eine neue Verordnung. Danach hat der Selbstversorger von dem durch die Hausschlachtung gewonnenen Fleisch an den Kommunalverband gegen den gesetzlichen Höchstpreis ausgelassenes Fett, geräucherte Wurst oder gut gesalzenen und geräucherten Speck abzuliefern. Die abzuliefernden Speck- und Fettmengen werden für die Berechnung des Schlachtgewichts zum Zwecke der Fleischmarkenanrechnung nicht in Ansatz gebracht. Die Ablieferungspflicht richtet sich nach dem Schlachtgewicht des Schweines. Die ablieferungspflichtigen Mengen sind an die aus der Hindenburgspende bekannten Sammelstellen abzuführen, von denen für Speck und Fett 1,50 Mk. und für geräucherte Wurst 1,20 Mk. pro Pfund gezahlt wird. Selbstversorger, die der Kommunalverband als Schwerstarbeiter anerkannt hat oder zu deren Haushalt Schwerstarbeiter gehören, brauchen nichts abzuliefern, ebenso die gewerblichen Betriebe, Krankenhäuser und Anstalten, die als Selbstversorger vom Kommunalverband anerkannt sind, nicht.

Dasweg. Einen Ziegenbock gestohlen und geschlachtet. Kürzlich war hier ein Ziegenbock entlaufen. Ein am Werk arbeitendes Mädchen sperrte das Tier, um es nach Feierabend der Behörde auszuliefern, in eine Baubude ein. Aus ihr wurde der Bock von zwei Arbeitern herausgeholt und abgeschlachtet. Die polizeilichen Ermittlungen stellten die Täter, zwei reklamierte Soldaten, fest und das Fell des Tieres konnte bei einem Täter in Rompitz beschlagnahmt werden. Das Tier hatte einen Wert von 150 Mark.

Eisleben. Der Verkaufer Volksküchen-Speisemarken findet von jetzt ab am Sonnabend jeder Woche wie folgt statt: Vormittags 8 Uhr am Stand 1 und 2 für Volksküche I, am Stand 3 und 4 für Abendsuppen.

Eilenburg. Aus den Schöffengerichtsverhandlungen. Der aus Russisch-Polen gebürtige Arbeiter Servator hatte Einspruch gegen einen auf 14 Tage Gefängnis lautenden Strafbefehl erhoben. Dieser war ihm auf Grund einer Verfügung des Korpskommandos vom 30. 6. 17 zuerkannt, nach welcher nichtmilitärische Angehörige feindlicher Staaten zu bestrafen sind, die eine ihnen vertraglich obliegende Arbeit verweigern. S. ist seit Monaten schon in der hiesigen Celluloidfabrik bei den Säurefiltern beschäftigt, eine Tätigkeit, für die — ihrer gesundheitsschädigenden Wirkung wegen — freie Arbeitskräfte sich nur äußerst ungern hingeben. Auch der Angeklagte mußte die Folgen dieser andauernden Beschäftigung — rötlich-gelbe Färbung und aufreißende Entzündung der Gesichtshaut — mit einer Binde verdecken. Gleichwohl hat er diese Arbeit nach den Aussagen des als Zeugen geladenen Abteilungsleiters immer willig verrichtet und ist nur in seiner Arbeitsweise von den bestehenden Vorschriften abgewichen, obwohl er vom Vorarbeiter wiederholt auf diese Vorschriften hingewiesen worden ist. Diese wiederholten Hinweise scheint S. als Schikane aufgefaßt zu haben, deren er sich durch vierteljähriges Fernbleiben von der Arbeitsstätte zu erwehren suchte, weshalb ihm obige Strafe zuerkannt wurde. Nach der Auffassung des Beschuldigten, die er auch als Rechtfertigung seines Einspruches vortrug, sei die von ihm bestehende Arbeitsweise ebenso zuverlässig, dabei aber weit weniger aufregend gewesen, und sie sei auch noch von anderen Mitarbeitern angewandt worden. Das Gericht sah denn auch die Sache wesentlich milder an und minderte die Strafe auf 50 Mk. Geldbuße herab. — Aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in die er wegen nachgewiesener versuchter Verführung des Tatbestandes hatte genommen werden müssen, wurde der Schlosser H. von hier, der wegen Diebstahls schon vorbestraft ist und jetzt beschuldigt wird, in der hiesigen Tuchfabrik drei Zentner Förderkohle und auf einem Feldstück des Landwirts Wohland in Hohenprießnitz drei Zentner Rüben entwendet zu haben. Bei der polizeilichen Durchsuchung seiner Behausung wurden außerdem noch 70 Pfd. Körner gefunden, über deren Herkunft er allerhand Legenden auftischt. Erwiesen wird, daß er von mehreren Landwirten eines benachbarten Dorfes einige Pfund erhalten hat, die er erst qualerisch zu dieser verbotswidrigen Abgabe drängte, dann aber nicht moralisches Empfinden genug besaß, sie durch Verschweigen ihrer Namen vor einer Strafverfolgung zu schützen. Die beiden anderen Straftaten, die mit großer Dreistigkeit ausgeführt sind, gibt H. zu und suchte durch Bekundung des „heulenden Elends" die Milde des Gerichts zu erwecken; bei der erkannten Strafe von zwei Monaten Gefängnis versicherte er dann, sich beruhigen zu wollen. — Der Hofmeister W. auf dem zum Rittergut Thallwitz gehörigen Vorwerk Bunitz hatte sich verleiten lassen, dem auf einer „Hamsterfahrt" bei ihm vorsprechenden Obsthändler M. aus Leipzig einige Sack Wischbutter abzugeben und als Entgelt dafür einen zuliefernden Posten Obst anzunehmen. Beim Abtragen des erhandelten Gutes vom Futterboden in der Dunkelheit sollen dann noch wie beide Angeklagte versichern, versehentlich mehrere Sack Gerste mitgenommen worden sein, die dem Hofmeister zum Kaffeebrennen für das Gesinde überwiesen worden waren. Aus den rechtlichen Befugnissen in der Stellung des Angeklagten W. leitet das Gericht den Tatbestand der Unterschlagung her, die es mit 120 Mk. Geldstrafe ahndet, während M. wegen Hehlerei zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wird, wogegen er Berufung einzulegen beabsichtigt. — Wegen Betrugs in fortgesetzter Handlung hatte die in der ganzen Umgebung als „sonderlich" bekannte Frau J. von Hohenprießnitz vom Kreisausschuß in Delitzsch ein auf 60 Mk. lautendes Strafmandat erhalten. Sie hat für ihren Mann, mit dem sie erst seit Februar d. J. in zweiter Ehe verheiratet ist, und jetzt schon wieder in Scheidung liegt, vom September vorigen Jahres bis zum Juli regelmäßig alle Lebensmittelkarten bezogen, obwohl dieser nur ganz selten tageweise bei ihr weilte. Auch ihr Mann hat in Gößnitz in S.-A., wo er ansässig ist, für seine Ehefrau, die nie dort war, alle Lebensmittelkarten entnommen. Die Beschuldigte begründet ihren gegen die Höhe des Strafmandats erhobenen Einspruch nur damit, daß sie diese Verfehlung nicht regelmäßig begangen habe, was aber durch das Zeugnis des stellvertretenden Ortsvorstehers widerlegt wird. Obwohl das Gericht nur die Zeit nach dem Ableben des früheren Ortsschulzen zugrunde legt, nämlich vom April bis zum Juli d. J. kommt es doch zu einer Erhöhung des Strafmaßes von 60 auf 75 Mk.

Jeßnitz. Im Volkshaus findet am Sonntag, abends 7½ Uhr, eine Theatervorstellung statt. Zur Aufführung gelangt das Volksstück Buschlis I oder Im Edelgrund und tiefen Wald. Am Nachmittag um 4 Uhr ist Kindervorstellung mit dem Märchen Frau Holle.

Wittenberg. Diebstähle. Am Bahnhofe stahlen zwei Burschen ein Paket. Obgleich die Verfolgung sofort aufgenommen wurde, gelang es nicht, der Diebe habhaft zu werden, um ihnen den Raub wieder abnehmen zu können. — Dem Weinkeller von Thiemig haben in der Nacht zum Donnerstag Diebe, die sehr genau Bescheid gewußt haben müssen, einen Besuch abgestattet. Nachdem sie das Schloß aus der Tür herausgesägt, sind sie in den Keller eingedrungen und haben eine Anzahl Flaschen Wein, bessere Marken, gestohlen.

Jena. Oberbürgermeister und Gemeinderat. Oberbürgermeister Dr. Fuchs hatte an den Gemeinderat den Antrag gerichtet, noch vor Ablauf seiner Amtszeit die Bürgerschaft wegen einer Wiederwahl auf zwölf Jahre zu befragen. Entgegen dem Ausschußantrag lehnte es der Gemeinderat in seiner vertraulichen Sitzung mit Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse ab, schon jetzt eine Abstimmung der Bürgerschaft herbeizuführen. — Der Gemeinderat hat 50 000 Mark zur Einrichtung einer städtischen Schuhkammer bewilligt und nach Besprechung der gegenwärtigen Gasnot den Gemeindevorstand ersucht, beim großherzoglichen Staatsministerium vorstellig zu werden, damit es seinen Einfluß hinsichtlich einer ausreichenden Belieferung des Gaswerks mit Kohlen geltend mache.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für: Politik, Parlamentsberichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock, Angeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171110-15/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.

2676 ½8 Uhr.

Nur noch wenige Tage!

Morgen, letzter Sonntag!

Die Dollarprinzessin.

Operette in 3 Akten von Müllner u. Grünbaum.
Musik von Leo Fall.

Sonntag ½4 Uhr: **Familien-Vorstellung.**
Auf vielseitiges Verlangen: **„Die Fledermaus“.**
55, 1.05, 1.55, 2.00; Kinder 35, 60, 80, 1.00.

Abends zum 14. Mal: „Die Dollarprinzessin“.

Kasse Sonntags ab 10 Uhr ununterbrochen

Volkspark

Burgstr. 27.

Heute, Sonnabend, den 11. November, abends 8 Uhr:

Gr. Bunter Abend

der

Herren Stummer u. Müller.

Morgen, Sonntag, nachmittags u. abends: **Frei-Konzert.**

2671 Die Geschäftsleitung.

Im **Konzerthaus „Altenburger Hof“** Am alten Markt 4. Eing. Kutschgasse,
begeistert Alt und Jung immer noch täglich
das berühmte Damen-Blas-Orchester **Alt-Leipzig.**
Jeden Sonntag **Gross. Frühschoppen-Konzert.**
2625 Um gütigen Zuspruch bittet Frau F. Kampe.

Achtung! Achtung!

Zimmerer v. Merseburg u. Umg.

Montag, den 12. November, abends 7½ Uhr
in Leuna, im Gasthof „Zum heiteren Blick“:

Außerordentl. Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wie stellen wir uns zum Lohnausfall durch die verkürzte Arbeitszeit auf den Baustellen in Leuna und Daspig und den Kolonialbauten.
2. Stellungnahme zur Verlängerung der am Ende des Jahres ablaufenden Kleiderzulage von 2.50 Mk.
3. Verschiedene Verbands-Angelegenheiten.

Kameraden! In Anbetracht der äußerst wichtigen Lohnfragen ist es erforderlich, daß alle hier beschäftigten Zimmerer in dieser Versammlung auch pünktlich erscheinen.

*1418 Die Verbandsleitung.

Konsum-Verein Schraplau, e. G. m. b. H.

Sonntag, 18. November 1917, nachm. 3 Uhr
im „Bürgergarten“:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über die stattgefundene Revision durch den Verbandsrevisor.
2. Wahl eines Vorstands- und dreier Aufsichtsratsmitglieder, statutengemäß ausscheidend.
3. Etwaige Anträge.
4. Geschäftliches.

(Anträge müssen fünf Tage vor der Generalversammlung schriftlich eingereicht sein.)

Die verehrten Mitglieder und Frauen werden hierdurch eingeladen. *1413

Der Aufsichtsrat: Chr. Gonschoreck, Vorsitzender.

Damen-Konfektion
für Herbst u. Winter.

Hübsche Damen-Jacketts u. Mäntel 25 bis 118 M. — Elegante Sammet-, Plüsch-, Astrachan- u. Tuch-Paletots 68 bis 300 M. — Strick- u. Golfjacken 7.65 bis 25 M. — Imprägnierte Seidenmäntel 78 bis 128 M. — Kleidermäntel sowie schicke, lose ¾ lange Paletots 29 bis 120 Mark. 2660

Besichtigung lohnend.

Im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstrasse 87.

Holzverkauf.

Aus der Besener Holzung sollen
90 Rüstern, bis zu 50 cm Durchmesser
am Freitag, 16. November, vormittags 10 Uhr
zum Selbstschlagen an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verkauft werden.

Treffpunkt: „Gasthof zum Elstertal“ in Ammendorf.
Bedingungen im Termin. *1346

Halle, den 23. Oktober 1917. Der Magistrat.

Alte Promenade IIa
Fernruf 5738.

U.T

Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1284.

2670 **Erich Kaiser-Titz**
in
Ein Tropfen Gift.
Detektiv-Drama in 4 Akten.
Vorführung: 4.50, 7.00, 9.30.

Onkelchens Liebling.
Entzückend. Lustspiel i. 3 Akt.
Vorführung: 4.00, 6.00, 8.20.

Das Eingangstor zum nördlichen Schwarzwald.
Herrliche Naturaufnahmen.
— Beginn 4 Uhr. —

Der Liebling des Publikums
Henny Porten
in
„Höhenluft“
Lustspiel in 4 Akten.
Vorführ: 3.00, 5.00, 7.00, 9.20.

Der Mann mit der Maske.
Schauspiel in 3 Akten.
Vorführung: 4.10, 6.10, 8.20.

— Beginn 3 Uhr. —

Freikarten haben in dieser Woche nur b. 6 Uhr Gültigkeit

U.T

Alte Promenade II a.
Fernsprecher 5738.

Sonntag, den 11. 11. 17, nachm. v. 3—5 Uhr:
Jugend-Vorstellung!
Letztmal. Vorführung des Riesenfilmwerkes
„Die letzten Tage von Pompeji“. 2680

Burg-Theater.

Großer Liebesschlager und Abenteuer des bekannten **Detektiv Joe Deebs.** **7 Akte.** 2663

Photograph. Atelier u. Vergrößerungs-Anstalt
Samson & Co. G. m. b. H.

Poststraße 9/10. ◇ Telephon 1025. ◇ Gegenüber dem Kaiserdenkmal.

Mattbilder:

12 Visites **5.—** 12 Cabinets **10.—**

Vergrößerungen, auch nach älteren Bildern, in bekannt billigster und vorzüglichster Ausführung.

Unser Atelier ist geöffnet an Sonntagen 9—2 Uhr, Wochentagen 8—7 Uhr.

2657 **Weihnachts-Aufträge** erbitten bald.

Grösstes und billigstes Atelier am Platze.

Die Volksversicherung der Iduna

wird zu den günstigsten Bedingungen geboten:

Einschluß der Gefahr künftiger Kriege, ohne Sonderbeitrag.
Stundung der Beiträge während des Kriegsdienstes.
Bei zeitweiliger Zahlungsunfähigkeit besteht Möglichkeit der Außerkraftsetzung und späterer Wiederaufnahme ohne Nachzahlung der Rückstände.
Unverfallbarkeit und Unanfechtbarkeit der Versicherungen nach dreijährigem Bestehen.

Die Iduna ist eine Gegenseitigkeitsgesellschaft. Die Ueberschüsse fließen den Versicherten in Form von Dividende wieder zu.
Hohe überschüssige Sicherheitsmittel (27 Million.) gewährleisten günstigen Dividendenlauf. *1872

Zahlen für

Altpapierabfälle ..... Kilo **12** Pfg.
Bücher, Zeitungen ..... Kilo **14** Pfg.
Akten, Kontorbücher ..... Kilo **16** Pfg.
Alle Sorten **Weinflaschen,** Lumpen, Knochen, Eisen, Wolle, Weiseglas, Kaninchenfelle zu allerhöchsten Preisen.

Theuring & Ackermann,

2685 Reilstraße 23. H. Reilstraße 23, H.

Lassen auch kostenlos abholen

Därme

zum Hausschlachten, kochens u. gesalzene, hat abzugeben 2616

Gust. Paproth,
Halle, Kl. Ulrichstr. 1, Darmhandlung. Tel. 2724.

Pelzumarbeitungen, als: Hüte, Muffe, Kragen,

nach modernster Art, sehr preiswert 2660

Klara Leissner, Lindenstrasse 52. Telephon 3354.

Stadt-Theater Halle

Direktion: Leopold Sachse.

Sonntag, den 11. November 1917, nachmittags 3½ Uhr:
Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Wiener Blut.
Operette in drei Aufzügen von Johann Strauß. 2666

Abends 7½ Uhr:
Zum 25. Mal:
Tiefland.
Musikdrama in einem Vorspiel u. 2 Aufzügen v. Eugen d'Albert.

Montag, den 12. Novbr. 1917:
Der Waffenschmied.

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals
Sonntag, d. 11. November 1917, nachmittags 3½ Uhr:
Johannisfeuer.
Schauspiel von Herm. Sudermann.

2667 Abends 7½ Uhr:
Moral.
Lustspiel von L. Thoma.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung

Apollo-Theater

Gastspiel des Deutsch-Türkischen Theaters, Konstantinopel.
Anfang tägl. ½ 8 Uhr.
In glänzender Ausstattung.
(Gesamtwert 100 000 Mark)

Am goldenen Horn.

Orig. türkische Ausstattungs-Operette in 3 Akten, Text u. Musik von Beyler-Bey.
1. Akt. Am Bosporus.
2. Akt: Ein Kostümfest beim Pascha.
3. Akt: Im Selamlik von Emin Bey. 2665

Vorverkauf 9-1 u. 3-½7 Uhr.
Anfang Punkt ½8.

Zoo!

Reicher Tierbestand.

Sonntag, 11. November 1917, nachmittags 8½ Uhr:

Konzert

vom
Görlach-Orchester.
Leitung: *1427
Musikdirektor H. Görlach.
Eintrittspreise:
Erwachsene 50 Pfg., Kinder 20 Pfg. Militär ohne Dienstgrad vorm. 10 Pfg. nachm. 20 Pfg.

Germania-Holzsohle

D. R. P.
Spezial-Beschlanstalt Hermann Bastian,
Halle a. d. S., Angerweg 54.
Schuhmacher jeden Alters werden angenommen. 2682

Achtung!

Höchste Tagespreise zahlen für
Lumpen, Knochen, Sackzeug, Neutuch, Wolle.
Papier 10-14 M. pro 100 kg.

Rost & Goedecke
Inh.: Failek, Hassfelderstr. 29 *1428

Schafwolle

kaufen 2186
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung, Fischerplan 2.

Kauft das gute

zu haben:
in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt.

Dampf-Brotfabrik Halle a/S.
Röcrigerstr. 12. Fernsp. 1091. 2121

Damenblusen

in festen schöner Auswahl, i. Wolle, Seide, Schleierstoffen. Waschblusen und Samt, hell, dunkel gemustert, auch schwarz, 4 85-38 75 Mk.
H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

Bettnässen.

Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. umsonst. „Saale-Versand“, München 595, Landwehrstr. 44.

Gebrauchte Sofas, auch defekt, kauft jederz. E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12, H. 9

Halle und Saalkreis.

Halle, den 10. November 1917.

Vernünftig sein!

Seit Kriegsausbruch wird es uns gepredigt, von allen Seiten, namentlich aber von jenen, wie die Wiener Arbeiter-Zeitung zutreffend bemerkt, für die der Krieg in erster Linie eine gute Konjunktur bedeutet. Statt sich dessen so gut und still als es nur geht, zu erfreuen, haben diese braven Menschen immerfort die Neigung, uns anderen zu beweisen, daß wir nur selbst daran schuld seien, wenn wir es schwerer haben. Und zwar hauptsächlich dadurch, daß wir durchaus nicht „vernünftig sein" wollen. Klagt eine Frau darüber, daß ihr Mann schon seit mehr als drei Jahren fort ist, so wird ihr alsogleich bewiesen, wie töricht diese Klage ist. Schließlich — nicht wahr? — muß ja der Krieg von den jungen und Kräftigen geführt werden, und wenn ihr Mann die Strapazen bis jetzt so gut ausgehalten hat, so beweist das nur, daß er gesund und widerstandsfähig ist. Das ist doch logisch, wie? Tritt eine Postsperre ein und man muß wochenlang auch noch den letzten Trost, das kleine bißchen Zusammengehörigkeit des Briefwechsels, missen, so findet sie gewiß ein Weiser, der rühmend hervorhebt, welches „Glück" doch die gedruckten grünen Karten für die Daheimgebliebenen sind. Ich habe überhaupt bemerkt, daß die Unbeteiligsten einen merkwürdig scharfen Blick für die Glücksfälle haben, die uns treffen. Die Schmerzen der andern tun eben niemals sehr weh. Lehnt man sich aber trotzig auf gegen die Fälle von Leid und Sorge, von Entbehrung und Angst, die der Krieg über uns gebracht, dann klingt von neuem der ewige Kehrreim: Man muß doch vernünftig sein! So geht es ja allen, und glaubst du gerade eine Ausnahme beanspruchen zu können? Verbitterten Müttern setzt man den schalen Trost vor, daß auch andere Kinder hungern, als ob dadurch einem Menschen leichter würde daß es anderen ebenso schlecht geht oder — o Jubel! — noch schlechter geht! Sorgenvollen Greisen predigt man die Vernunft des satten Magens und der vollen Tasche. Ja sogar von den Hinterbliebenen der gefallenen Krieger wird noch weise Mäßigung im Schmerz verlangt. Sie könnten sich und ihrer Gesundheit sonst „schaden" und außerdem — das Klagen nütze ja nichts. Man ändert nichts damit, also heißt es, sich versündig bescheiden. Es gelte gleichmütig zuzusehen, nichts zu überstürzen und nur nichts von der berühmten „Schwäche" durchblicken zu lassen. Dergleichen wird einem ruhig auseinandergesetzt. Daß man das Grauen vor dem Kriege noch immer nicht überwunden hat, daß sich das Herz jeden Tag von neuem bei dem Gedanken an die Menschentreibjagd zusammenkrampft, das verstehen diese Gelassenen nicht. Die Tatsache des Krieges ist für sie abgeschlossenes Kapitel, mit dem man sich verständigerweise abfindet. Auch dem zehrenden Verlangen nach dem Frieden weiß der praktisch denkende Mann nicht viel mehr als diese weisen Reden entgegenzusetzen. „Jetzt wäre es unklug, äußerst unklug. Die politische und strategische Lage ist ja vor allem zu berücksichtigen! Glauben Sie mir, wenn es sein könnte," setzt der Wackere zumeist mit Rührung hinzu, „ich wäre der erste, der dafür eintritt. Lieber heute als morgen! Aber man muß doch der Vernunft Raum geben. . . ." Und wenn von den ungeheuren Verlusten gesprochen wird, die jeder Tag mehr, und brächte er auch die stolzesten Siege, bedeutet, so heißt es weichherzig: „Ach Gott, man darf ja gar nicht daran denken!" Auch das verlangt der gesunde Menschenverstand. Aber es gibt zum Glück noch Höheres. Und dieses Höhere zwingt uns, immer und immer wieder daran zu denken, was in diesem Wahnsinnskriege zugrunde geht, und darum rüdsichtslos und taub gegen alle Einwände der Ewig-Bedenklichen hinauszuschreien: Wir wollen Frieden, den Frieden um jeden Preis! Denn wir können im schlechtesten Falle nicht halb so viel verlieren als jetzt, da wir täglich mit den höchsten Werten zahlen, die die Erde kennt: mit Menschenleben und Kulturbesitz. Vielleicht ist es töricht, so zu sprechen. Aber Lessing sagt ganz richtig: Wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren. Und es gibt mitunter nichts Unvernünftigeres, als „vernünftig" zu sein.

Die städtische Lebensmittelversorgung

läßt in der letzten Zeit wieder mancherlei zu wünschen übrig. So fehlt z. B. der Brotaufstrich fast gänzlich; die wenigen Gramm Butter, die es sonst gab, sind in dieser Woche sogar ganz weggefallen Marmelade usw. hat es seit Ende September (mit Ausnahme von ¼ Pfund Kunsthonig in voriger Woche) ebenfalls nicht gegeben. Wurst und Fleisch, das zugeteilt wird, reicht höchstens für einen Tag in der Woche. Fischwaren sind nicht vorhanden, oder nur in so geringen Mengen, daß sie kaum des Erwähnens wert sind. Eier kennt man nur noch den Namen nach. Das einzige, was es regelmäßig gibt, sind Brot und Kartoffeln; aber 6 Pfund Kartoffeln die Woche sind entschieden zu wenig Sollte es nicht möglich sein, so fragt man in Zuschriften an uns, die Zuteilung etwas reichlicher zu bemessen? Die Eingabe des Gewerkschaftskartells von Mitte September, die darauf hinwies, daß es in den Wintermonaten mit der Ernährung besser als bisher werden müsse, und die man im Stadtverordnetensaal ohne Debatte dem Magistrat zur Berücksichtigung überwies, scheint leider gar nicht berücksichtigt zu werden. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, daß man von maßgebender Stelle aus endlich eine allgemeine bessere Versorgung mit Lebensmitteln in die Wege leitet, oder daß man erklärt, daß dies aus dies und jenen Gründen unmöglich sei. Es mag sein, daß Halle als Großstadt noch nicht am schlechtesten versorgt wird, aber fest steht, daß andere große Städte weit besser versorgt werden. Berlin gibt z. B diese Woche wieder ein Pfund Marmelade pro Kopf, weiterhin 125 Gramm Käse und eine Packung Süßstoff. Hier in Halle hört und sieht man von diesen Dingen seit Wochen und Monaten nichts. Die arbeitende Bevölkerung leidet unter all diesen und anderen Mängeln immer mehr. Sie hofft von Woche zu Woche vergeblich auf eine Besserung der Ernährungsverhältnisse, und wird immer wieder von neuem enttäuscht. Der Magistrat sollte sich dieser Stimmung wirklich nicht länger verschließen, und wenn er die Lebensmittelversorgung der Stadt Halle einmal mit der anderer Städte vergleichen wollte, so dürfte er doch vielleicht zu der Erkenntnis kommen, daß die von Halle schon seit langem nicht so ganz „auf der Höhe" ist!

*

Aepfel müssen wieder „erstanden" werden!

Auf die jetzt wieder eingerissene Unsitte des Anstehens um ein paar Aepfel vor den Obstgeschäften haben wir erst vor einigen Tagen hingewiesen und auch Vorschläge zu ihrer Abstellung gemacht. Geschehen ist bis jetzt nichts, die Ansammlungen vor den Obstgeschäften dauern an. Die für eine geregelte Lebensmittelverteilung verantwortlichen Stellen scheinen in ihnen demnach so etwas wie eine „Zierde des Stadtbildes" zu sehen . . . Besonders stark ist der Massenandrang vor einem Obstgeschäfte in der Leipziger Straße, an der Ecke der Neuen Promenade. Seit Wochen sah man in einem dortigen Laden große Mengen Aepfel aufgestapelt, die nun, wo der Preis für das Pfund 72 Pf. erreicht hat, zum Verkauf kommen. Hunderte von Kauflustigen müssen nun in langer Reihe in der Neuen Promenade antreten und nur langsam rückt die lange Linie vor; als „Lohn" für dreistündiges Warten darf man dann — drei Pfund teure Aepfel kaufen. — Daß man immer wieder sehen muß, wie man bei der Lebensmittelversorgung heute erneut wieder in die „Kinderkrankheiten" der ersten Kriegsjahre zurückverfällt, ist wahrhaftig nicht dazu angetan, Bewunderung für unsere herrliche Kriegswirtschaft zu erregen . . .

Neue Veränderungen in der Geschäftszeit.

Die vielfachen Mißhelligkeiten, die die vom Magistrat angeordnete Verkürzung der Geschäftszeit für einen Teil der Geschäftsinhaber und für die Käufer, namentlich beim Fleischverkaufe, mit sich brachten, haben den Magistrat erfreulicherweise zu einer weitherzigeren Auslegung seiner Verfügung veranlaßt. Er ordnet in einer neuen Bekanntmachung in teilweiser Abänderung seiner Verordnung vom 25. Oktober folgendes an: **Fleischerläden dürfen bereits um 7 Uhr morgens für den Verkauf geöffnet werden.** — Blumenläden dürfen an Sonn- und Feiertagen während der durch die Polizeiverordnungen für Halle festgesetzten Stunden für den Verkauf geöffnet sein. — Barbiere und Friseure dürfen die Räume zur Ausübung ihres Gewerbebetriebes nicht vor 8 Uhr morgens öffnen und nicht länger als bis 7 Uhr abends offenhalten. An Sonntagen ist ihnen die Ausübung des Gewerbes während der durch die Polizeiverordnungen für Halle festgesetzten Stunden gestattet.

Es gibt endlich Marmelade!

Mit dem Brotaufstrich ist es schon seit langem übel bestellt. Das soll nun endlich besser werden. Das B. T. verkündet die „frohe Botschaft", daß mit der Verteilung der von der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmelade für den Winter vorbereiteten Marmelade nunmehr Anfang der nächsten Woche begonnen werden soll. Die Gesellschaft habe vorläufig für das ganze Reich 500 000 Zentner freigegeben. Das Pfund wird zum Preise von 90 Pfennig im Kleinverkauf abgegeben. Das diesjährige Fabrikat soll ohne jede weitere Streckungsmittel nur aus Birnen, Aepfeln und Pflaumen bestehen. Es wird versichert, daß diese Marmelade keine Aehnlichkeit mit der berüchtigten „Kohlrübenmarmelade" des Vorjahres sein soll, sondern von guter Qualität sei. Die Marmeladenfabriken seien noch vollauf beschäftigt, hätten auch noch sehr große Bestände am Lager, so daß eine ausreichende Versorgung gesichert sei.

Hoffen wir, daß das alles seine Richtigkeit hat und daß uns der Marmeladenjammer des Vorjahres diesmal erspart bleibt.

Neue Bekanntmachungen.

Es gibt in der kommenden Woche:
Kartoffeln: 7 Pfund.
Fleisch: 250 Gramm
Butter: 50 Gramm.
Grieß: ¼ Pfund für die Person.
Rapsspinat: am Montag in der Talamtschule.

* **Der öffentliche Wochenmarkt** wird immer knapper mit Waren versorgt. Heute zählten wir auf dem Hallmarkte nur 10 Stände mit Gemüse. Außerdem gab es noch an zwei Ständen einige Hühner. Auf dem oberen Markt war es etwas besser. An Waren gab es in größeren Mengen Spinat, Grünkohl, Weißkohl, Mohrrüben und Sellerie. Alle anderen Gemüse waren nur spärlich zu haben. Obst fehlte gänzlich. Ebenso Fische.

* **Das Jugendheim,** Steinweg 13, ist morgen, Sonntag, abend von 7 Uhr an wieder geöffnet.

* **Transportarbeiter-Versammlung.** Auf die am Sonntagnachmittag 3 Uhr im Volkspark stattfindende Generalversammlung der Transportarbeiter sei auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen. Es sind wichtige Beschlüsse zu fassen, weshalb ein recht zahlreicher Besuch nötig ist.

* **Zur Unterstützung bei der Aufklärung unbekannt Verstorbener** sind, wie das stellv. Generalkommando in Magdeburg bekanntgibt, die Lazarette angewiesen, etwa vorhandene Photographien solcher Verstorbener mit den bereits entstandenen Ermittlungsvorgängen dem Zentral-Nachweisebureau einzusenden. Hierdurch ist eine Anzahl Bilder zusammengekommen, deren Veröffentlichung zur weiteren Aufklärung dienen kann. — Die Veröffentlichung ist in Form einer Sonderverlustliste erfolgt; letztere kann von Personen, die ihr Interesse nachweisen (nicht von Unbeteiligten) bei der zuständigen Polizeiverwaltung eingesehen werden.

* **Um Mißbräuche bei der Entgegennahme von Spenden für das Rote Kreuz auszuschließen,** weist die Polizeiverwaltung darauf hin, daß nur die mit einem polizeilichen Stempel versehenen Sammelbüchsen rechtmäßig geführt werden. Es ist erwünscht, die etwa unbefugte Verwendung von Sammelbüchsen sofort zur Anzeige zu bringen.

* **Postcinlieferungsscheine über gewöhnliche Pakete.** Schon seit 1910 besteht bei der Post die Einrichtung, daß die Postanstalten auf Antrag gegen eine Gebühr von 10 Pf. die Einlieferung gewöhnlicher Pakete bescheinigen. Sie wird verhältnismäßig wenig benutzt, ist aber von besonderem Nutzen, wenn dem Absender daran liegt, auch für gewöhnliche Pakete einen Nachweis über die Einlieferung zu haben Vordrucke zu den Scheinen sind bei der Post zum Preise von 20 Pf. für einen Block von 100 Stück zu kaufen; einzelne werden unentgeltlich abgegeben. Der Absender hat den Schein, nach Wunsch unter Angabe des Gewichts der Sendung, auszufüllen, die Gebühr darauf in Freimarken aufzukleben und den Schein mit der Sendung am Postschalter abzugeben. Dort wird der Schein mit dem Abdruck des Tagesstempels und der Aufgabenummer des Pakets versehen und so dem Absender zurückgegeben. Auf diese einfache anscheinend viel zu wenig bekannte Weise läßt sich die Einlieferung, der Empfänger, der Bestimmungsort und das Gewicht eines gewöhnlichen Pakets nachweisen und auf Grund des Gewichtsvermerks die Richtigkeit des für die Freimachung gezahlten Betrages nachprüfen.

* **Saatkartoffelbestellung des Bundes für Volkskraft.** Der Bund übernimmt, wie er uns mitteilt, für seine Kleinpächter die Bestellung von Saatkartoffeln, sofern sie bis spätestens Dienstag, 13. November, bei der Geschäftsstelle des Bundes schriftlich oder mündlich solche bestellt haben. Nach diesem Zeitpunkte eingehende Bestellungen noch zu berücksichtigen, ist ganz unmöglich. E. Abderhalden.

14]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

„Soll anders wohin gehen."

„Der Chirurgus dagegen sagt, es sei eine Schande für einen Mann, wenn er beim Heiraten aufs Geld sehe. Er begehrt nichts dazu, er sagt, deine Tochter wär' ihm lieb, und wenn sie nackt und bloß zu ihm käme, er wollte sie schon ernähren."

„Nu, wenn sich kein anderer meldet, so kann er sie haben."

„Ja sieh, aber er pressiert eben und wird auch nicht gerad' warten wollen, bis es uns gefällig ist. Mit dem Probieren ist's so ein Sach'. Die Mannsleut' sind nicht so uninteressiert heutzutag'. Wenn nun kein anderer käm', und der Chirurgus ging sonstwo auf die Brautschau, so blieb' eben das Mädle sitzen, und da wär' doch ein Spott und eine Schand'."

„Om!" brummte der Sonnenwirt.

„Der Habich ist besser als der Hättich," fuhr die Frau fort, „und wenn man einmal etwas tun will, so tut man's besser gleich, damit's nachher nicht zu spät ist. Mir kann's zwar soweit einerlei sein; es ist dein Kind und nicht meins. Was geht's mich an, wenn sie eine alte Jungfer werden will? Meinetwegen kann sie in der Wirtschaft bleiben, so lang' sie mag. Deshalb ist mir's am liebsten, wenn ich dabei ganz aus dem Spiel bleiben kann. Nichts Schwereres für eine Stiefmutter, als solcherlei Pflichten zu erfüllen; denn wenn ich noch so gut sorge, so bin ich doch eben die rechte Mutter nicht, und wird mir mein Sorgen noch obendrein verdacht. Mach du die Sach' mit deiner Tochter ab. Sprich mit ihr und frage sie, was ihr gefällig sei!"

„Fragen!" brauste der Sonnenwirt auf. „Man wird so ein Ding noch lange fragen. Sie soll froh sein, wenn man sie versorgt. Nun ja, der Haue muß ein Stiel gedreht werden. Also, wenn kein anderer um den Weg ist, so mag's mein'thalben der Chirurgus sein. Aber da soll er sich nur das Maul abwischen: bar Geld kriegt er keins von mir."

„Sei ganz ruhig. Bis wann soll denn die Sach' jetzt richtig werden?"

„Das laß ich dir über."

„Sieh, Schwan," hob die Sonnenwirtin mit einem freundlichen und überzeugenden Tone an, „ich hab' das schon vorausbedacht, denn ich muß ja doch an alles denken. Weißt, morgen ist ja der Monatstag, da kommen die geistlichen Herren wieder zusammen."

„Om," brummte der Sonnenwirt.

„Der Amtmann wird auch dabei sein, vielleicht sogar der Vont von Göppingen."

„Om, ja."

„Und weil unser Haus eigentlich doch auch ein wenig über den Leisten geschlagen ist, so könnte man dem Ding einen Anstrich geben, daß es ein recht gesellschaftliches fürnehmes Aussehen bekäme. Weißt, auf so was verstehst du dich! Wenn die Herren dann aufstehen müssen und Gesundheit trinken, so wird der Versuch zur Hauptsach', und die Herren mögen wollen oder nicht sie sind dann eigentlich nur um des Versuchs willen da."

Der Sonnenwirt hatte immer beifälliger gebrummt. „Dabei soll's bleiben!" sagte er endlich. „Aber jetzt laß mich schlafen, hast mir die Zeit lang genug gemacht."

Auch Friedrich hatte genug gehört. Leise, wie er gekommen war, schlich er hinaus und begab sich auf seine Kammer, wo er lange nicht schlafen konnte.

Als er in der Frühe seiner Schwester auf der Treppe begegnete und sie ihm guten Morgen sagte, klang ihre Stimme gar nicht so entschlossen, wie vergangene Nacht. „Du machst ja ein Gesicht wie die Katz', wenn's donnert," raunte er ihr zu; „stell dich krank Magdalene, stell dich krank und mach, daß du vor dem Tag hinüberkommst."

„Es wär' keine Verstellung," erwiderte sie, „wenn ich mich wieder legte."

„Tu's, tu's!" rief er und sprang die letzten acht Staffeln mit einem Satz hinab.

Er ging den Fußweg am Bache hin, der mitten durch den Flecken läuft. Die Gänge der Mühle klapperten ihm eifrig entgegen. Von der Brücke aus sah er den jungen Müller im Hofe beschäftigt, allerlei Holz zusammenzusagen. Er blieb unschlüssig stehen, als aber jener aufblickte, setzte er sich in Bewegung, als ob ihn der Weg zufällig hier vorüberführe.

„Guten Morgen," rief er in den Hof hinein.

„Schön' Dank."

„Treibt's gut um?"

„So so, so so," war die verdrossene Antwort.

„Ich glaub', an dir ist ein Zimmermann verlorengegangen," sagte Friedrich, indem er nähertrat und sich gegen die Mauer lehnte.

„Hm, 's ist nur so ein wenig gebessert."

„Man sagt ja, du wolltest bauen, Georg?"

„Willst mir dabei an die Hand gehen, Frieder?"

„Ja, ich! Was hält sie von mir? Soll ich dir Steine zutragen?"

„Hm, ja, aber solche, wo der Karl Herzog drauf geprägt ist."

„Oder der ali' Kaiser? Du hast's gut vor, Brüderle, solche Bausteine sind mir zu schwer, die muß ich liegen lassen."

Die beiden sahen einander an, und ihre scheinbar gleichgültigen Mienen spielten ein langes stummes Frag- und Antwortspiel.

„Ich muß eben sehen, wie ich ein Dukatenmännle ins Haus krieg'," sagte der Müller endlich. „Vielleicht wissen mir die Zigeuner eins."

„Oder ein Bettelmädle mit ein paar tausend Gulden," entgegnete Friedrich, den Stich verbeißend.

„Weißt mir eine?" fragte der Müller und sah ihn forschend an.

Friedrich schlug die Augen nieder und wühlte mit dem Fuß im Sägemehl, das am Boden lag. „Ist denn das Bauwesen so nötig?" fuhr er endlich in seiner Verlegenheit heraus.

„Zustament so nötig, als dein Geschwätz unnötig ist," war die Antwort.

„O, ich will nicht lang' mit dir ränkeln, du zuckrigs Bürschle, du. Bau du mein'twegen so hoch, wie der babylonisch' Turm gewesen ist."

Dieses brummend, nahm er einen verdeckten Rückzug, das heißt, er setzte den eingeschlagenen Weg an der Mühle vorüber fort, um in einem weiten Bogen wieder nach Hause zu kommen.

Der junge Müller sah ihm verwundert und ärgerlich nach. „Ich glaub', der hat Maulaffen feil," brummte er, indem er wieder zur Säge griff.

„Die Katz' mauft links, die Katz' mauft links!" sagte Friedrich zu sich, mit bedenklichem Gesichte seine Schritte fördernd. „Ich wollt' nur, daß der Tag im Kalender durchgestrichen wär'."

Von Not und Eifer getrieben rannte er dahin, obgleich er eigentlich nicht wußte, warum er zu eilen habe; es war eine Aufregung in ihm, die seinem Gesicht in diesem Augenblick ein besonders kräftiges Aussehen gab. Die Leute, die auf der Straße oder an den Fenstern waren, mußten ihn unwillkürlich mit Wohlgefallen betrachten, und ein Mädchen, das ihm begegnete, griffe ihn auf eine Weise, die trotz seiner gedankenvollen Selbstvergessenheit nicht unbemerkt von ihm blieb. Es war ein schlankes Mädchen mit gelben Zöpfen, noch sehr jung und von auffallend hellen Gesichtszügen; in ihren Mienen lag eine eigentümliche Mischung von Zurückhaltung und Unschuld. Sie grüßte ihn mit dem gebräuchlichen Bauerngruße, das heißt, sie „wünschte ihm die Zeit", aber mit einem Blicke, der, so schnell und schüchtern er vorüberglitt, eine Freundlichkeit, eine gewisse Teilnahme und Hingebung aussprach, die nur in einem Blicke so ausgesprochen und eben deshalb nicht weiter beschrieben werden kann. Genug, ihm war, als hätte sich das junge Mädchen mit diesem Blicke ganz und voll und warm in seine Arme gelegt, und er, für einen solchen Eindruck nichts weniger als unempfänglich, fühlte sich hingerissen, obgleich er sich erst einige Sekunden nach der Begegnung bewußt ward, daß er gegrüßt worden sei, daß er einen Blick dabei wahrgenommen und daß dieser Blick ihm gegolten habe. Jetzt erst blieb er stehen und sah ihr nach. Sie war schon ziemlich weit entfernt, und ihre Zöpfe flogen lustig hinter ihr her. „Sich kenn' doch jedes Kind hier," sagte er, „ist's vielleicht eine Fremde? Sie trägt sich übrigens ganz Ebersbachisch. Aber das ist ein blitzneckts Schelmengesichtl" — Er wär ihr gerne nachgegangen, aber er scheute die Mühle. Auch fiel ihm nur allzu bald die Sorge wieder aufs Herz, die ihn aus dem Hause getrieben hatte. Er wandte sich, durchmaß einige Gäßchen, ging weiter oben über das Wasser zurück und kam unverrichteter Dinge nach Hause, wo ihm ein vielsagender Duft aus der Küche entgegenströmte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171110-15/fragment/page=0005

* Im Stadttheater kommt heute, Sonnabend, zur Feier von Schillers Geburtstag Maria Stuart zur Aufführung. Morgen, Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, geht die Operette Wiener Blut als Fremden-Vorstellung bei ermäßigten Preisen in Szene, abends 7½ Uhr wird Tiefland von Eugen d'Albert zum 25. Male wiederholt. Die nächste Wiederholung von Lortzings Waffenschmied findet am Montag, dem 12. November, statt. Der Spielplan der Woche bringt am Dienstag Don Juan, Mittwoch Maria Stuart, Donnerstag Die Förster-Christl, Freitag die Erst-Aufführung des Lustspiels Perleberg von Karl Sternheim, Sonnabend abend Tannhäuser.

* Herrenlose Kiste mit gestohlenem Gut. Etwa im Oktober 1915 mietete ein Fremder, angeblich der am 11. August 1866 in Hördt bei Straßburg geborene Heinrich Ott, bei dem Straßenwart Stödner in Tübensell, O. A. Calw, eine Kammer, wobei er vorbrachte, er brauche dieselbe, um darin Papier und Messing, das er in der Umgebung für seinen Onkel sammle, aufzubewahren, er müsse aber eine Kammer haben in der Nähe der Bahn, daß er die gesammelten Sachen leicht aufgeben könne, in Mühldaß habe er auch eine solche Kammer. In der Folge kam der Fremde noch zwei- oder dreimal, machte sich jeweils kurze Zeit in der Kammer zu schaffen und entfernte sich dann wieder. Ende November oder anfangs Dezember 1916 war er das letzte Mal dort. Damals nagelte er eine Kiste zu und entfernte sich darauf mit dem Bemerken, die Kiste werde durch den Güterbeförderer abgeholt werden. Die Kiste wurde jedoch nicht abgeholt, sondern blieb in der Kammer stehen. Dem betr. Güterbeförderer ist von einem Auftrage, die Kiste zu holen, nichts bekannt.

Der Fremde ließ seither nichts mehr von sich hören und auch Heinrich Ott wurde in der Zwischenzeit nicht betroffen. Die Kiste enthält einen Zentner Messing. Es sind in der Hauptsache Auto-Ersatzteile, ferner 18 Stück Rickelhülsen für Thermometer, einige Sattlerartikel, einige Wasserleitungshähne, Teile von Zangen und einer ganzen Anzahl Militärknöpfe. Sie ist wie folgt adressiert: M. F. 4184 Halle a. d. S. 15. 11. 16. Es ist anzunehmen, daß die in der Kiste enthaltenen Gegenstände in Autofabriken usw. gestohlen oder unterschlagen worden. Wer Angaben über die Kiste mit Inhalt und den angeblichen Ott machen kann, wolle der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 71, Mitteilung zukommen lassen.

* Für 1500 Mark Kleider gestohlen. In der Nacht zum Freitag wurde ein in einer Wohnung am Kaiserplatz befindlicher Kleiderschrank erbrochen und aus diesem Kleidungsstücke im Werte von etwa 1500 Mark gestohlen. Ermittlungen nach den Tätern sind im Gange.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen

Thalia-Theater. Morgen, Sonntag, den 11. November, findet zum zweiten Male außer der üblichen Abend-Vorstellung auch eine Nachmittag-Vorstellung statt. Zur Aufführung gelangt nachmittags 3½ Uhr Sudermanns Schauspiel Johannisfeuer, abends 7½ Uhr das Lustspiel Moral von Ludwig Thoma.

Im Volkspark ist heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, wiederum ein großer Bunter Abend. Die Gesangshumoristen Slummer und Müller werden mit einem gutgewählten Programm aufwarten. Wer einige angenehme Stunden verleben will, der besuche die Veranstaltung. — Morgen, Sonntag, bietet die Geschäftsleitung ihren Gästen wiederum sowohl nachmittags wie abends Freikonzert.

Zoologischer Garten. Morgen, Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, findet Konzert vom Görlach-Orchester unter Leitung des Musikdirektors H. Görlach statt. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf.

Im Apollo-Theater übt die türkische Operette Am goldenen Horn von Benler-Bey nach wie vor starke Zugkraft aus. Von heute ab hat die Direktion einen neuen Gast verpflichtet: Herrn Wicking-Treskow vom Berliner Theater. Die Direktion bittet im eigenen Interesse des Publikums, den Vorverkauf zu benutzen. Sonntags Vorverkauf den ganzen Tag über.

Walhalla-Theater. Morgen ist der letzte Sonntag, an welchem die Leo Fallsche Operette Die Dollarprinzessin zur Aufführung gelangt. Nachmittags ¼4 Uhr wird als Familien-Vorstellung bei kleinen Preisen Die Fledermaus von Johann Strauß gegeben. Die Tageskasse ist von 10 bis 1½ Uhr und 4 bis 6 Uhr, Sonntags ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet. In Vorbereitung Die Kaiserin, Operette von Leo Fall.

U-T-Lichtspiele, Alte Promenade 11a: Das neue Programm brachte zwei Neuheiten, und zwar Ein Tropfen Gift, in welchem Erich Kaiser-Titz die Hauptrolle darstellt, und Onkelchens Liebling, in welchem Erika Gläßner die Hauptdarstellerin ist. Die Naturaufnahme Das Eingangstor in dem nördlichen Schwarzwald zeigt diesen herrlichen Fleck deutscher Erde in seiner ganzen Pracht. Am Sonntag, von 3 bis 5 Uhr, ist wieder Jugendvorstellung, in welcher das Riesenfilmwerk Die letzten Tage von Pompeji zum letzten Male zur Vorführung gelangt.

U-T-Lichtspiele, Leipziger Straße 88: Henny Porten kommt diesmal wieder lustig. Es ist nicht der kleinste Teil der Leistungen dieser hervorragenden Künstlerin, daß sie auf dem ernsten Gebiete, wie auf dem fein-komischen gleich gut sind. Auch das Drama der Woche Der Mann mit der Maske ist spannend und recht gut aufgemacht. Die Naturaufnahme ist herrlich und verdient besonders hervorgehoben zu werden.

Diemitz. Aus der letzten Gemeindevertretersitzung ist mitteilenswert: Die Einrichtung eines Mietseinigungsamtes sowie die Einführung von Massenspeisungen wurden nicht (!) für erforderlich gehalten, weil es bisher gelungen wäre, die Verhältnisse auf den in Frage kommenden Gebieten verwaltungsseitig so zu regeln, daß die angedeuteten Maßnahmen für entbehrlich gehalten wurden. Ebenso beschloß man, von der Absendung von Liebesgaben an die Soldaten in Rücksicht darauf abzusehen, daß es nur schwer ist, noch geeignete Gegenstände zu finden. Hingegen beschloß die Gemeindevertretung, sich gegebenenfalls an einer Weihnachtsbescherung für die Kriegerkinder zu beteiligen, sofern der Vaterländische Frauenverein eine solche veranstalten sollte. — Die beiden Punkte, Einrichtung eines besonderen Kinderhortes für die schulpflichtigen Kinder und der Säuglingsfürsorge neben dem schon bestehenden Kinderheim wurden miteinander verbunden. Die Gemeindevertretung beschloß im Anschluß an den Beschluß der Schuldeputation vom 30. Oktober 1917, die bisherigen Schulbeleuchtungsabende zu einem Kinderhort auszugestalten und ebenso eine Säuglingsfürsorgestelle zu schaffen. Die dafür erforderlichen Räume sollen durch Anmietung einer Wohnung im Hause Berliner Straße 24 bereitgestellt und unterhalten werden. Die für die Einrichtung und Unterhaltung beider Veranstaltungen erforderlichen Mittel bewilligt die Gemeindevertretung. Die Kosten für die Umbedung des Armenhauses wurden bewilligt; ebenso stimmte die Gemeindevertretung einer Vorlage wegen Verbesserung der Anfahrt zur Entleerung des Abtitzbeckens auf dem Klärwerksgrundstück und der Erweiterung der Bewässerungsanlage ebendort unter Bewilligung der Kosten zu. Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschloß die Versammlung ferner einstimmig, ein Regenwasserstaubecken in der Otto-Stomps-Straße — zunächst in diesem Winter versuchsweise — als Eisbahn herzurichten und der Jugend des Ortes zur Verfügung zu stellen. Bezüglich des Entwurfes für einen Bebauungsplan hinsichtlich der Bewertung des Geländes soll ein Preisausschreiben vorbereitet werden.

Briefkasten der Redaktion.

D. Schl. Unseres Wissens sind die Prämien in barem Gelde zu verteilen. Wenn das nicht geschieht, fehlt doch auch jede Kontrolle darüber, ob sie in der richtigen Höhe zur Verteilung kommen.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

1500 Brotmarken gestohlen. Der schon vielfach vorbestrafte russische Arbeiter Anton Cklowski hielt sich im Juni d. J. in der Umgegend von Halle auf. Er stahl bei einem Bäckermeister in Oberthau 15 Mark bares Geld, 100 Zigarren und 1500 Brotmarken. Er hatte die Geldkasse mit einer Hacke geöffnet. Der Angeklagte wurde auf Antrag des Staatsanwalts wegen schweren Diebstahls zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen. Der schon oft bestrafte Kaufmann Friedrich Schilling und der Handelsmann Georg Bergmann standen unter der Anklage, das Vermögen der Frau Fricke mittels Urkundenfälschung, Unterschlagung im Jahre 1916 um über 10 000 Mark geschädigt zu haben. Schilling war in dem Obstgeschäft der Frau Fricke als Buchhalter angestellt. Während der Verhandlung zeigte sich, daß die Buch- und Geschäftsführung in unglaublicher Weise mangelhaft geführt worden ist. Es läßt sich somit auch nicht vollkommen klar nachweisen, daß Sch. sich Unredlichkeiten zuschulden hat kommen lassen. Bergmann war angeklagt, von Sch. Aepfel der Firma Fricke bezogen zu haben, ohne dieselben rechtmäßig bezahlt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schilling eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren sechs Monaten sowie fünf Jahre Ehrverlust, gegen Bergmann sechs Monate Gefängnis. Das Gericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß sich nicht einwandfrei nachweisen läßt, daß Sch. Unterschlagungen begangen hat und verneinte deshalb die Schuldfrage auf Unterschlagung. Daß er ohne Vollmacht der Frau Fricke deren Namen zu Unterschriften benutzt hat, sah das Gericht für erwiesen an, da aber nicht nachgewiesen war, daß er dadurch das Geschäft geschädigt hat, sprach es ihn auch von der Anklage der Urkundenfälschung frei. Da Sch. von dem Verdacht der Unterschlagung freigesprochen wurde, so konnte auch B. nicht schuldig gesprochen werden, und so sprach das Gericht auch B. frei.

•

Ihr Kind verhungern lassen!

Wie wir schon kurz berichteten, hat das Gemeinschaftliche Schwurgericht in Weimar am Mittwoch die aus Halle gebürtige ledige Arbeiterin Frieda Beyer wegen Kindesmordes zum Tode verurteilt. Die Beyer ist, wie weiter berichtet wird, am 11. August 1892 in Halle als Tochter eines Kaufmannes geboren, hat hier die Bürgerschule besucht und wurde aus der dritten Klasse konfirmiert. Der fünfjährige Sohn Arno, wegen dessen Tötung sie vor den Geschworenen stand, war ihr drittes uneheliches Kind. Das Kind starb am 24. März 1917 angeblich durch Verhungern; zwei Aerzte haben diese Todesursache festgestellt. Das Kind war der Angeklagten angeblich bei einer Heirat im Wege. Sie mißhandelte es, schlug es, wie vor Gericht durch Zeugen festgestellt wurde, mit einem Rohrstuhl über den Kopf, brachte es im Winter in einem kalten Raum unter, während sie selbst in einem erwärmten sich aufhielt, sperrte es in einen dunklen Keller, gab ihm sehr wenig Speise. Mehrere Pflegefrauen des Kindes bekundeten, daß die B. gesagt, wenn der Junge aus dem Wege wäre, wolle sie heiraten. Der Gemeindediener zu Bergsulza fand nach dem Tode des Kindes dessen verfaultes Lager. Ihn hat die B. auch noch der Aerztefektion gefragt, ob der Sanitätsrat etwas gefunden habe. Weitere Zeugen sprechen von Mißhandlungen, daß ihnen „das Herz wehtat". Sanitätsrat Dr.Ränicke, Apolda, hat bei der Sektion an der Leiche blaue blutrünstige Stellen und Verletzungen vorgefunden und eine außerordentliche Abmagerung festgestellt. Eine Krankheit des Kindes lag nicht vor, es sei zweifellos verhungert.

Diese erschütternde Tragödie des unehelichen Kindes zeigt wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit die Notwendigkeit einer besseren staatlichen Fürsorge für diese unehelich geborenen, vielfach bedauernswerten Geschöpfe!

Politische Uebersicht.

Die Teilung des Reichsamtes des Innern.

Berlin, 9. November. (Amtlich.) Die nach der Abtrennung des Reichswirtschaftsamts erforderliche Neuordnung des Reichsamts des Innern ist nunmehr im wesentlichen erfolgt. Das Amt zerfällt in zwei Abteilungen. Die erste Abteilung umfaßt hauptsächlich folgende Angelegenheiten: Verfassungsfragen, die auf den Bundesrat, den Reichstag und die Reichstagswahlen bezügliche Geschäfte, die Etats-, Kassen- und Rechnungssachen, die Angelegenheiten der politischen Polizei, das Presse-, Vereins- und Versammlungswesen, alle Militärangelegenheiten. Diese Abteilung ist dem Ministerialdirektor Dr. Lewald unterstellt.

Die zweite Abteilung umfaßt u. a.: Das Gesundheitsamt, den Nahrungsmittelverkehr, die Staatsangehörigkeitssachen, die Angelegenheiten der Freizügigkeit und des Unterstützungswohnsitzes, das Bundesamt für das Heimatwesen, die Aus- und Einwanderung, die ausländischen Arbeiter, die innere Kolonisation, die Verkehrspolizei, sowie die Fremdenpolizei und das Paßwesen. Mit der Leitung der zweiten Abteilung ist einstweilen der Geheime Oberregierungsrat Dammann beauftragt.

Kampf gegen die Volksvermehrung.

Der Wiederaufbau des deutschen Volkskörpers nach seinen schweren Einbußen durch den Krieg ist Gegenstand vieler Sorge. Reichstagsausschüsse, Regierungskommissionen, Gelehrtenverbände und freie Vereinigungen aller Art widmen ihre Arbeit und Sorge der künftigen Volksvermehrung. Trotzdem sieht man ruhig weiter zu, daß soziale Abhängigkeitsverhältnisse Frauen und Männer zur Ehelosigkeit und Kinderlosigkeit verurteilen. Den weiblichen Angestellten im öffentlichen Dienst, Lehrerinnen, Telephonistinnen usw. ist die Heirat bekanntlich bei Strafe der Existenzvernichtung verboten. Aber es gibt auch noch Männerberufe, bei denen nahezu ein Verbot der Kinderzeugung besteht. Zu ihnen gehören die Gärtner, denen Stellungen in der Regel nur unter der Bedingung angeboten werden, daß sie ehelos oder wenigstens kinderlos sind. Die Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung gibt in regelmäßigen Zwischenräumen eine Zusammenstellung von Stellungsangeboten, die namentlich Kinderlosigkeit zur Bedingung machen; trotz dieser Brandmarkung wird die Liste von Halbjahr zu Halbjahr nicht kürzer, sondern eher länger. Aus der neuesten Zusammenstellung seien folgende Beispiele hervorgehoben: Gutsbesitzer Hoppe-Helmersruh bei Arnswalde in der Neumark sucht in der Deutschen Tageszeitung einen Gärtner ohne Familie. Sanitätsrat Mattersdorf-Berlin will laut Deutscher Tageszeitung für sein Landhaus in Caputh einen unverheirateten Gärtner eventl. kinderloses Ehepaar. In der Nauenschen Zeitung wird für hochherrschaftliches Haus am Rhein ein Obergärtner mit dem Bemerken gesucht: „Wohnung für kleine Familie vorhanden." Frau Baronin Feilitzsch in Feilenbach b. Aibing sucht in der Gärtnerzeitung einen verheirateten Gärtner, womöglich kinderlos. Albert Flohr, Berlin-Lichterfelde-Ost, sucht im Berliner Lokal-Anzeiger einen tüchtigen Gärtner, bevorzugt kinderloses Ehepaar. Auch Kotytowski, Friedenau, Freiastraße 21, bevorzugt für seine Villa „kinderloses Ehepaar". Selbst der Vaterländische Frauenverein Berlin-Wilmersdorf, inseriert im Berliner Lokalanzeiger nach einem Gärtner: „kinderlos bevorzugt." Aus Ostseebädern, von erzgebirgischen Gütern, bayerischen Schloßbesitzungen und Berliner Vorort-Villen, überall dasselbe Bild des Kampfes gegen das Kind mit Hilfe der wirtschaftlichen Uebermacht.

Das Gewerkschaftsblatt urteilt mit Recht, daß diese Ausnutzung der Wirtschaftsgewalt den deutschen Volke mehr Schaden zufügt als feindliche Waffen und daß dieser brutale Uebergriff der Unternehmer ins Bereich der Menschenrechte ihrer Arbeiter strengere Strafe verdient als das Verbrechen der Mutter, die in Not und Verwirrung sich gegen das keimende Leben vergeht. Es wäre wirklich an der Zeit, da auf die Einsicht der besitzenden Klassen nicht zu rechnen ist, durch harte Strafbestimmungen dem Mißbrauch wirtschaftlicher Abhängigkeit zur Erzwingung der Kinderlosigkeit und den Versuch dazu zu bekämpfen.

Soziales.

Aerzte und Krankenkassen.

Das Verhältnis zwischen den Krankenkassen und den Aerzten fängt wieder an, sich zu trüben. Das vom Aerzteverband regelmäßig herausgegebene Verzeichnis von Orten, nach denen die Aerzte den „Zuzug meiden" sollen („Cavete collegae!") umfaßt bereits wieder 72 Namen. Es sind Krankenkassen aller Art, mit denen daselbst „Differenzen" bestehen. Das Ende des Jahres 1918 abgeschlossene „Berliner Abkommen", ein Vertrag zwischen den Krankenkassen- und Aerztevertretern, befriedigt keineswegs. Der Grundgedanke des Abkommens mag wohl gut sein, aber seine Durchführung stößt auf große Schwierigkeiten. Es war nur der Druck der politischen Verhältnisse, der „Burgfrieden", der ein weiteres Zusammenarbeiten in der letzten Zeit ermöglichte. Was geschehen wird, wenn die Aerzte aus dem Felde zurückkehren und mehrere Tausend notapprobierter Aerzte den Konkurrenzkampf um die Zulassung als Kassenärzte mit aufnehmen werden, ist schwer im voraus zu sagen. Es kommt noch dazu, daß der kürzlich in Leipzig abgehaltene Aerztetag eine Reihe Forderungen, wie allgemeine Erhöhung des Honorars usw., beschloß, deren Durchführung zweifellos bei den Kassen auf Widerspruch stoßen wird. Zur Abfindung der in der letzten Konfliktszeit im Jahre 1913 von den Kassen angestellten „Kampfärzte" und „ärztlichen Nothelfer" sind bislang von Aerzten und Kassen annähernd 5 Millionen Mark aufgebracht worden. Es ist mindestens noch der gleiche Betrag aufzubringen, so daß die Erhebung der Zuschläge noch einige Jahre fortgesetzt werden muß. Von den 10 734 Krankenkassen haben bislang 8891 diese Beihilfe (5 Pfennig pro Jahr und Mitglied) gezahlt. Den Aerzten wird ein gleicher Betrag, wie die Kasse zahlt, vom Honorar gekürzt. Die Krankenkassen fordern dringend eine gesetzliche Regelung der Arztfrage.

Allerlei.

Luxusbranntwein für reiche Leute und Wohnungsreform. Der Gründer und Leiter des sogenannten Stockholmer Systems für die Beschränkung des Alkoholverbrauchs hat vorgeschlagen, die Alkoholrationierung in Schweden in den Dienst der Wohnungsfürsorge zu stellen. Bei den jetzt ausgeteilten Mengen Alkohol verbleibe ein Ueberschuß von rund 1 Million Liter. Diesen solle man als Luxusbranntwein zu 20 Kronen das Liter verkaufen, aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nur an Leute mit hohem Einkommen oder großem Vermögen und bei einer Höchstmenge von 2 Litern pro Kopf und Monat. Damit ließen sich 17 bis 18 Millionen Kronen Ueberschuß erzielen, und diese Einnahme könnte zum Ausgleich der durch den Krieg entstandenen Mehrkosten bei der Einrichtung von Arbeiterwohnungen Verwendung finden. Damit könnten Gemeinden, gemeinnützige Baugenossenschaften usw. gute Wohnungen für rund 30 000 Menschen herstellen.

Der Bürgermeister und der liebe Gott. Die Art und Weise, wie man zum lieben Gott spricht, darf man noch lange nicht gegenüber einem Bürgermeister gebrauchen. So wurde zu seinem Schaden von dem Amtsgericht Segeberg ein Landwirt aus der Umgegend belehrt. Der Landwirt lag im Streit mit dem Bürgermeister und suchte diesen bei jeder Gelegenheit zu ärgern. Dazu gehörte es, daß er den Bürgermeister in Schriftstücken, die er an ihn zu richten hatte, stets mit „du" anredete, bis die Geschichte dem Bürgermeister zuviel wurde und er die Beleidigungsklage gegen den allzu vertraulichen Briefschreiber erhob. Als der Beklagte vor Gericht gefragt wurde, weshalb er dazu gekommen sei, den Bürgermeister zu duzen, erklärte er mit harmloser Miene, er sage ja auch zum lieben Gott „du". Für diese Gleichstellung des Bürgermeisters mit dem lieben Gotte hatte jedoch das Gericht kein Verständnis. Es verurteilte den Landwirt zunächst einmal wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu 100 Mark Geldstrafe und dann wegen jenes Vergleichs, der als Unbehühr vor Gericht aufgefaßt wurde, zu drei Tagen Haft.

70 000 Mark Schmiergelder! Der frühere Proviantamtsdirektor Louis Steinicke in Stettin, Leitere eines Ersatzmagazins, hatte mehrere Lieferanten veranlaßt, ihm große Geldsummen zu überlassen, indem er ihnen sagte, daß er eine Ersatzpflicht für angeblich abhanden gekommene Ware zu erfüllen hätte. Die so erlangten Schmiergelder erreichten 76 000 Mark. Auch sonst ließ sich Steinicke gern beschenken, und die Lieferanten kannten und benutzten seine Vorliebe für eine gute Flasche Wein. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 2½ Jahren Gefängnis wegen einfacher und schwerer Bestechung.

Schuhwucher. Großen, auf Offenburger und Pirmasenser Fabrikanten übergreifenden Schuhwucher sowie Hinterziehungen ist man in Essen auf die Spur gekommen. In der Pfalz ist über 100 000 Mark Leder beschlagnahmt worden, das eine theinische Stadtgemeinde aufgekauft hatte. Ein Stadtverordneter wurde bei dem Versuch, amtliche Akten hierüber beiseite zu schaffen, überrascht.

Unglücksfall. Berlin, 9. November. Der Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt, Dr. Peter Conze ist heute vormittag schwer verunglückt. Er wurde in der Potsdamer Straße von einem Straßenbahnwagen umgestoßen und erlitt einen schweren Schädelbruch.

„Deutsches Gemüt". Die Münchener Jugend verherrlicht nicht bloß in Wort, Schrift und Bild deutsche Tugenden, sie will wohl auch der reine Ausdruck deutschen Gemütes sein! Man sehe sich, als ein nur eben zufällig herausgegriffenes Beispiel, diese Hindenburg-Verse von De Nora aus der kürzlich erschienenen Hindenburg-Nummer an:

Darauf hat er, kurz besonnen,
Gleich den Feldzugsplan begonnen.
Schon im Eisenbahncoupé
Sprach er: „In den Narewsee."

Und kaum daß er angekommen,
Sind die Russen schon geschwommen
In dem Seebei Molchundlurch.
Ja, so war der Hindenburch.

Dreimal so zu Frosch und Unke
Tauchte er sie in die Tunke.
Jeder Tümpel, Sumpf und Teich
War verrußt bis an das Aich.

Wir geben hier dieselben Stellen gesperrt wie im Original, woraus man ersieht, daß auch der Autor diese — humoristischen Stellen besonders betont haben wollte...

Wahres Geschichtchen. Ilse war auf dem Spielplatz gewesen, um mit Jungens und Mädels umherzutollen. Als sie heimkommt, erzählt sie noch ganz erhitzt: „Denke dir, Mama, der Walter hat zu mir gesagt, ich soll meine Schnauze halten!"

„Aber Ilse, so etwas sagt man doch nicht!"

„Nicht wahr, Mama, da soll er doch lieber seine halten!"

(Jugend.)

Quittung.

Für Parteizwecke der U. S. P. Tour Böllberg-Wörmlitz 70,90 Mk., Tour Schiepzig 12 Mk., Tour Diemitz 21,25 Mk. Von organisierten Schneidern im Gewerkschaftshaus 8,50 Mk. Tour Domnitz 10,85 Mk.

Karl Reimund, Parteisekretariat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171110-15/fragment/page=0006

Künstliche Zähne
Behandlung kranker Zähne. Schmerzloses Zahnziehen soweit möglich.
Hall. Zahn-Heil-Anstalt
(vormals Britannia).
Gr. Ulrichstrasse 11, II.
Fernruf 3863. 2184

Platt-, Senk- u. Hohlfuss-Einlagen.
Künzels „Fuß-Heil"
bestes Mittel gegen Schweißfuß.
2144 **C. Klappenbach,**
Gr. Ulrichstr. 41.

Empfehle mein
Spezial-Geschäft
in
Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.
A. M. Albrecht,
Lindenstrasse 53.

Möbel
Wohnungs-Einrichtungen.
2677 **Teppiche**
in großer Auswahl.
Eichmann & Co.,
Gr. Ulrichstr. 51.
Eingang Schulstraße.
Auf Wunsch Teilzahlung.

Pelzhaus Rosenberg
Spezial-Etagengeschäft.
Gr. Ulrichstr. 6/8. **Halle,** Gr. Ulrichstr. 6/8.
Meine große Auswahl in **Pelzen** sämtlicher Fellarten
*1369 empfehle ich noch zu soliden Preisen.
Besondere Neuheit: Capes.
Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Arbeitsmarkt

Wir suchen zu Ostern 1918 *1420
1 Setzerlehrling,
1 Druckerlehrling.
Buchdruckerei Lehnis & Benner, Brüderstraße 4.

Geschirrführer und Arbeiter
sofort gesucht. *1426
Kellnerstrasse 1. Bause.

Schulmädchen für Kind gesucht 2674
Berlinerstraße 3, Nordfriedhof.

Älterer
Geschirrführer
und älterer *1404
Arbeiter
sofort gesucht.
Spediteur **Kaufmann,**
Magdeburgerstr. 57.

Tücht. Arbeiter od. Arbeiterinnen beim Bau des Personentunnels auf Bahnhof Kleinwittenberg gesucht. Meldung daselbst. Robert Richter, Unternehmung für Hoch-Tief-Beton- u. Eisenbetonbau, Dessau. *1409

Germania-Holzsohle
D. R.-P. 2683
zur Ausführung v. Reparaturen mit Germania-Holzsohlen werden mehrere
Schuhmachermstr.
bei gutem Verdienst gesucht.
Sohlen und Reparatur-Material wird geliefert.
H. Wettstein,
Halle, Große Ulrichstraße 54
Vertreter der Germania-Holzsohle werden gesucht.

Violin-, Mandolin-, Klavier- u. Gitarre-Unterricht erteilt
2181 August May, Torstr. 49.

Damen- und Kinder-Garderobe, in u. außer dem Hause, fertigt schnell und billig an
Ch. Eilrich, Neue Promenade 14, (Hinterhaus). [2675

Vorarbeiter
für unsere Fensterreinigungsanstalt, der Leute beaufsichtigen und wirksam mit arbeiten kann **sofort gesucht.** Militär- und zivildienstfreie Bewerber eventl. auch Kriegsbeschädigte, können sich melden
Vereinigte Glasermeister zu Halle a. S., E. G. m. b. H.
Harz 23 p. *1419

Maurer und Hilfsarbeiter
für dringende Kriegsarbeiten nach auswärts **sofort gesucht.** Stundenlohn für Maurer 1.50 Mk., für Hilfsarbeiter 1.10 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit. **Winterarbeit.**
Zu melden, Sonntag vormittags, bei 2459
P. Barthel, Tiefbau-Unternehmung,
Halle, Rudolf Haymstraße 32, II.

Elektromonteur
und mehrere
Installateure
für Schmiede-Rohrleitungen sofort **gesucht.** *1424
Ernst Viewog, Geiststraße 48.

2661

Das
vornehme Porträt
zu mässigen Preisen.
Vorzügl. Vergrösserungen,
schwarz und braun.
Spezialität:
Farbige Vergrösserungen,
in Oelfarben ausgeführt.
Richard Schröder,
Atelier für moderne Photographie.
Steinweg 12.
Geöffnet: Werktags: 8—7 Uhr, Sonntags: 9—2 „
Weihnachts-Aufträge rechtzeitig erbeten.

Neu! Neu! Neu!
Das Erbrecht.
Unter Berücksichtigung der Kriegsvorschriften.
Gemeinverständlich dargestellt von Justizrat Karl Melos.
Broschiert 1.50 Mk., geb. 2.25 Mk.
Porto 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/44.

Alte Sofas, auch defekt, werden gekauft Gr. Gosenstr. 12, H. p.

Wohnungs-Angebote

Stube, Kammer, Bodenkammer zu vermieten *1425
Kuttelhof 1.

Hausmannswohnung
zu vermieten. Charlottenstrasse 1, Frau Schliebe. *1394

Puppenstuben zu verkauf.
2673 Landsbergerstr 62.

Ausgekämmtes
Frauenhaar,
kleine und größere Posten, kaufe zu **höchsten Preisen**
für Haarfabrik *1422
Fallek,
Mansfelder Straße 29.

Standuhren, Umbaus, Trumeaus, Schreibtischstühle, Lederstühle, Für-garderoben, Plüschgarnituren, Plüsch- u. Stoffsofas verkauft sehr billig 2680
Friedrich Pelleke,
Geiststr. 24 u. 25.

Guterhalt. rotes Plüschsofa, Bettstelle m. Matr., kl. Tisch, Polsterservesel m. Plüschbezug, Klein. Handleiterwagen bill. zu verkauf. Gr. Gosenstr. 12, Hinterhaus p. 2668

Kaninchenfelle
kaufe zu guten Preisen. *1421
Fallek,
Mansfelder Straße 29.

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Verkauf von Raps-Spinat wird am Montag, dem 12. November 1917, vormittags von 8½ bis 12 Uhr, und nachmittags von 2 bis 6 Uhr, gegen Vorlage des Lebensmittelscheines fortgesetzt.

Halle, den 10. November 1917. **Der Magistrat.**

Es wird hiermit noch besonders darauf hingewiesen, daß in der Woche vom 12. bis 18. November an **Schwerst- und Schwerarbeiter** auf die graublauen und graugrünen Kartoffel-Zusatzkarten Kartoffeln nicht abgegeben werden dürfen, weil die allgemeine Kopfquote auf die Höchstmenge von 7 Pfund festgesetzt ist.

Halle, den 10. November 1917. **Der Magistrat.**

Es steht noch ein Posten des aus den hiesigen Küchenabfällen gewonnenen Kraftfuttermehles zur Verfügung, der gegen Bezugsschein in Mengen von einem Zentner ab zum Preise von 30 Mk. für einen Zentner abgegeben wird. Säcke oder Tüten sind mitzubringen. — Bezugsscheine werden im Dienstgebäude Dreihauptstraße 4, Zimmer 52, vormittags von 8½ bis 1 Uhr, ausgefertigt. — Futterproben (3 Pfund und 10 Pfund) sowie Verfütterungsanweisungen können vom Lager des Hallischen Hausfrauenbundes, Neue Promenade 12, Montags und Freitags von 2 bis 4 Uhr, bezogen werden.

Halle, den 6. November 1917. **Der Magistrat.**

Versorgungsregelung in der Woche vom 12. bis 18. Nov. 1917.

Auf Grund der §§ 47 und 49 der Verordnung des Bundesrates vom 26. Juli 1916 R. G. B. S. 590, der Verordnung über die Preisprüfungsstellen, endlich gemäß Verordnung des Magistrats vom 15. September 1916 wird für den Stadtbezirk Halle folgendes mitgeteilt:

§ 1. In der Woche vom 12. bis 18. November dürfen vom Montag, dem 12. November, an auf den Abschnitt E des neuen Kartoffelscheines sieben Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Die Verkäufer haben beim Verkaufe den Abschnitt E von dem Kartoffelschein abzutrennen und den erfolgten Verkauf in deutlich lesbarer, unverwischbarer Schrift im Lebensmittelschein ersichtlich zu machen. Von dem Kartoffelschein bereits abgetrennte Abschnitte sind ungültig und dürfen zum Einkauf nicht verwendet werden. Verkäufer, die auf abgetrennte Abschnitte Ware abgeben, oder den Verkauf nicht in der vorgeschriebenen Weise im Lebensmittelschein anmerken, haben außer strafgerichtlicher Verfolgung die Entziehung der Befugnis zum Kartoffelverkauf zu gewärtigen.

§ 2. Kartoffelzwischenscheine, welche nicht mit dem Stempel einer städtischen Markenausgabestelle versehen sind, sind ungültig und es dürfen Kartoffeln sowohl auf diese, als auch auf die früheren roten Kartoffelkarten mit den Nummern 12 bis 16 nicht abgegeben werden.

§ 3. In der Woche vom 12. bis 16. November gelangt außerdem auf den Kopf jedes Haushaltes ¼ Pfund Grieß zur Verteilung. Die Verteilung wird durch besondere Bekanntmachung geregelt werden.

§ 4. Die Verkäufer haben die Abschnitte der Karten zu sammeln und am Montag, dem 19. November, gebündelt dem Stadternährungsamt vorzulegen.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung, die mit der Bekanntmachung in Wirksamkeit tritt, werden nach § 16 der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1916 bzw. nach § 17 der Verordnung über die Preisprüfungsstellen gestraft.

Halle, den 10. November 1917. **Der Magistrat.**

Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch 250 g.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch, die in der Woche vom 12. bis 18. November 1917 bei den Fleischern auf Grund der **Reichsfleischkarte** entnommen werden darf, wird auf

250 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gesamten Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Auf jede der 10 bzw. 5 Fleischmarken dürfen 25 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen oder 20 Gramm ohne Knochen entnommen werden.

Halle, den 9. November 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 13. Januar 1916 wird die **Verteilung der Butter** in der Woche vom 12. bis 18. November 1917 (69. Woche) folgendermaßen geregelt:

Es entfallen auf den Kopf der Bevölkerung **50 Gramm.** Die Menge, welche an die einzelnen Haushalte abgegeben werden kann, bestimmt sich nach der Zahl der Angehörigen des Haushalts, die sich aus der Fettkarte ergibt.

Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 13. November. Er erfolgt auf Grund des für die 69. Woche gültigen Abschnittes der Fettkarte in den Geschäften, in denen die Käufer in die Kundenliste eingetragen worden sind.

Der Verkäufer hat beim Verkauf den Abschnitt der 69. Woche der Fettkarte abzutrennen und den Verkauf in der Kundenliste anzumerken. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, III, Zimmer 42, am Montag, den 19. November abzuliefern.

Militär-Urlauber erhalten die Butter auf Grund von Butterscheinen nur auf dem städtischen Markt (Talamtschule).

Halle, den 10. November 1917. **Der Magistrat.**

Nachstehend aufgeführte Personen haben uns den Verlust ihrer **Kohlenbezugsscheine** gemeldet: Emil Nolle, Roberts-Franz-Straße 8, über 120 Zentner Briketts; Heinrich Schicka, Ludwigstraße 21, über 80 Zentner Briketts; Olga Nawroth, Lauchstädter Straße 15b, über 60 Zentner Briketts; Luise Koch, Martinstraße 14, über 60 Zentner Briketts; Emma Schurig, Langestraße 9, über 70 Zentner Briketts; Säuglingsheim und Kinderheim, Delfortstraße 3, über 300 Zentner Briketts; Franz Tag, Meterizstraße 5, über 60 Zentner Briketts; Moritz Krüger, Torstraße 86, über 65 Zentner Briketts; Paul Springer, Körnerstraße 20, über 60 Zentner Briketts; Marie Walther, Neumarktstraße 34, über 80 Zentner Briketts; Anna Elfe, Forsterstraße 60, über 900 Stück Preßsteine; Karl Michaelis, Radersberg 1, über 80 Zentner Briketts.

Sämtlichen Kohlenhändlern wird hiermit untersagt, auf die abhanden gekommenen Bezugsscheine Kohlen zu liefern. Der Verlierern werden neue Scheine mit einem besonderen Vermerk von uns ausgestellt. Die Verlierer können die neuen Scheine gegen Vorzeigung des Lebensmittelscheines bei uns abholen.

Halle, den 9. November 1917. **Ortskohlenstelle, Marktplatz 22.**

Sämtliche Händler und Kohlenbezugsvereinigungen werden aufgefordert, die Bestellscheine für die Kohlenlieferung im Monat Dezember zur Abstempelung bis spätestens 15. November einzureichen. Später eingehende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden. Bestellungen für den Bedarf der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes dürfen nicht mit Bestellungen für den Bedarf von gewerblichen Verbrauchern, die nach der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 17. Juli 1917 meldepflichtig sind, in einem Bestellschein vereinigt werden.

Halle, den 9. November 1917. **Die Ortskohlenstelle.**

Zahlung der Kriegsabgabe und der Besitzsteuer.

Nach § 31 des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 ist die **Kriegsabgabe** zu einem Drittel drei Monate nach Zustellung des Veranlagungsbescheides, mit dem zweiten Drittel bis zum 1. November 1917 und mit dem letzten Drittel bis zum 1. März 1918 zu entrichten. Da hiernach die Frist zur Zahlung des zweiten Drittels abgelaufen ist, erfolgt vom 15. November ab die mit Kosten verbundene Mahnung. Die Pflichtigen werden daher hiermit aufgefordert, bis dahin zur Vermeidung der Mahnung den fällig gewesenen Teilbetrag mit den nach dem Gesetz vom 1. Juli 1917 ab laufenden 5 Prozent Zinsen an die städtische Steuerkasse, Rathausstraße 1, 1 Treppe, vormittags von 8½ bis 1 Uhr zu zahlen.

Die Abgabe kann durch Ueberweisung von Kriegsanleihe (u. a. bei der Reichsbankstelle) getilgt werden. Die Pflichtigen können sich dazu und zur Abwicklung des Geschäfts bei der Steuerkasse der Vermittlung eines Bankhauses bedienen.

Das erste Drittel der Kriegsabgabe ist bis Mitte Dezember cr. zu entrichten, da die Zustellung der Bescheide allgemein bis 15. September stattgefunden hat.

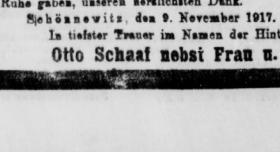
Die **Besitzsteuer** wird mit dem bereits jetzt fälligen ersten Sechstel in den nächsten Tagen durch die städtischen Steuererheber in den Wohnungen abgeholt werden. Soweit Zahlung nicht an diese Beamten oder an die Steuerkasse erfolgt, findet demnächst die Vollstreckung statt. Kriegsabgabe und Besitzsteuer können sofort in voller Höhe abgetragen werden.

Halle, den 9. November 1917. **Der Magistrat.**

Zeitungs-Makulatur
gibt in großen und kleinen Posten ab
„Verlag Volksblatt", G. m. b. H.

Familien-Nachrichten.

2672



Statt Karten.

Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Anteilnahme bei dem Heimgange unseres heissgeliebten Sohnes und Bruders

Willi

sagen wir allen, die den Sarg so reich mit Blumen und Kränzen schmückten und ihm das letzte Geleit zur ewigen Ruhe gaben, unseren herzlichsten Dank.

Schönewitz, den 9. November 1917.

In tiefster Trauer im Namen der Hinterbliebenen:

Otto Schaaf nebst Frau u. Bruder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171110-15/fragment/page=0007

Bekanntmachung.

Verordnung über Auskunftserteilung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 betreffend die Abänderung dieses Gesetzes wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes verordnet:

§ 1. In Gewerbebetrieben, welche die Erteilung von Auskünften über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten zum Gegenstande haben, dürfen keine Auskünfte erteilt werden, die betreffen:

a) militärische Einziehungen,
b) den Ersatz eingezogener Arbeitskräfte in kaufmännischen und industriellen Betrieben,
c) Aufträge der Heeres- und Marineverwaltung,
d) Tatsachen, von denen der Auskunfterteilende weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie als Anhaltspunkte für Anschläge auf Anlagen und Betriebe dienen können, die für die Landesverteidigung oder Kriegswirtschaft von Bedeutung sind. Auch die Einziehung solcher Auskünfte ist den genannten Gewerbebetrieben untersagt.

§ 2. Auskünfte über Beziehungen einer deutschen Firma zum Auslande dürfen nur mit deren Zustimmung gegeben werden.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark erkannt werden.

Außerdem kann der Gewerbebetrieb ganz oder zum Teil untersagt werden.

Die Bekanntmachung tritt am 9. November 1917 in Kraft.

Magdeburg, den 3. November 1917. *1416

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Verordnung

betreffend die Vorführung der Pferde bei Pferde-Vormusterungen.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 betr. die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand, verordne ich für Pferdevormusterungen während des Krieges im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes:

§ 1.

Jeder Pferdebesitzer ist verpflichtet, seine sämtlichen Pferde im Alter von 2 Jahren aufwärts, ohne Rücksicht auf Brauchbarkeit, Alter und Größe, zu den Vormusterungen zu stellen, insbesondere:

a) alle Pferde der Bestandsaufnahme vom September 1916, auch wenn sie bereits bei früheren Vormusterungen als dauernd kriegsunbrauchbar bezeichnet worden sind;
b) alle seit dieser Bestandsaufnahme in Zugang gekommenen Pferde, namentlich auch die Pferde der Händler;
c) alle 2—4jährigen Pferde, die nicht in die Bestandslisten aufgenommen sind, zum Zwecke der Zählung;
d) die zu Zucht- oder Arbeitszwecken aus Remontedepots des Kriegsministeriums überwiesenen oder eingetauschten tragenden Stuten sowie die durch die Landwirtschaftskammern erworbenen Pferde.

§ 2.

Von der Verpflichtung zur Vorführung ihrer Pferde bleiben befreit:
die in der Bundesratsverordnung vom 30. 8. 16 betr. Aenderung des Gesetzes über die Kriegsleistungen pp. genannten Pferdebesitzer.
Es sind ferner **nicht** vorzuführen:

a) die angekörten Hengste, soweit sie ausschließlich Zuchtzwecken dienen;
b) Pferde, welche nachweislich in Bergwerken unter Tag arbeiten;
c) die hochtragenden Stuten, deren Abfohlen innerhalb der nächsten 4 Wochen zu erwarten ist, oder die innerhalb der letzten 14 Tage abgefohlt haben;
d) die übrigen marschunfähigen Pferde.

§ 3.

Für alle bei der Vorführung fehlenden Pferde sind die gesetzlichen oder amtlich beglaubigte Unterlagen durch den Ortsvorsteher beizubringen. Bei marschunfähigen Pferden ist ein tierärztliches Zeugnis, bei hochtragenden oder frisch abgefohlten Stuten der Deckschein der Bolführungsliste beizufügen.

§ 4.

Vom Tage der Bekanntmachung dieser Verordnung bis zur Beendigung der Pferde-Vormusterungen in den jeweils in Betracht kommenden einzelnen Kreisen ist allen zu dem betreffenden geschlossenen Verwaltungsbezirk gehörenden Personen jede rechtsgeschäftliche Verfügung über ihre Pferde ohne schriftliche Genehmigung der Militärbehörde untersagt. Für die Händler gilt dieses Verbot erst vom Tage der Bekanntmachung des Vormusterungs-Geschäfts durch die Kreisbehörde.

Anträge auf Befreiung hiervon sind an die Pferde-Aushebungs-Kommission in Halle a. S. zu richten.

Den Zeitpunkt der Beendigung der Vormusterungen haben die Kreisbehörden festzusetzen und bekannt zu geben.

§ 5.

Ueber die seit September 1916 als tauglich zum Heeresdienst vorgemusterten Pferde darf nach Aufhebung des Verbots zu § 4 dieser Verordnung zukünftig nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Militärbehörde rechtsgeschäftlich verfügt werden. Anträge sind an die Pferde-Aushebungskommission Halle a. S. zu richten.

§ 6.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden. Außerdem kann eine zwangsweise Herbeischaffung der nicht gestellten Pferde auf Kosten der säumigen Besitzer gemäß der Pf.-A.-V. veranlaßt werden.

Der Versuch ist strafbar.

§ 7.

Die Verordnung tritt mit dem 11. November 1917 in Kraft.

Magdeburg, den 6. November 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. *1415

Bekanntmachung.

Mit dem 11. November 1917 werden außer Kraft gesetzt:

1. Die Bekanntmachung vom 3. 8. 1916 — betr. Verbot des Verladens und der Ausfuhr von Pferden,
2. die Bekanntmachung vom 22. 1. 1917 — betr. Verbot des Ortswechsels von Pferden,
3. die Bekanntmachung vom 16. 6. 1917 — betr. Verbot des Abhaltens von Pferdemärkten.

Magdeburg, den 6. November 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. *1417

Bekanntmachung.

Ich habe heute eine Bekanntmachung Nr. E. 452/10. 17. KRA. betreffend Erzeugung des Kriegsmaterials durch Eisen- und Stahlwerke erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 6. November 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. *1414

Verein für Feuerbestattung
in Halle a. S. und Umgegend e. V.
Mitgliederzahl etwa 1800, Jahresbeitrag 3 Mk.

Wir unterstützen unsere Mitglieder, bez. deren Angehörige mit Rat und Auskunft in allen Fragen der Einäscherung und zahlen zu den Einäscherungskosten je nach der Dauer der Mitgliedschaft M. 30.— bis M. 100.— Zuschuss. Anmeldungen neuer Mitglieder auch schon für 1918 durch Postkarte erbittet **Der Vorstand.**

Waldstein, Vorsitzender. Cecilienstr. 96. Fernspr. 1293.
Justizrat **Riecke,** Lafontainestrasse 7.
Prof. Dr. **v. Scholten,** Wittekindstr. 19.
Mag.-Sekretär **Rawack,** Blumenstrasse 6.
Kaufmann **Georg,** L.-Wuchererstr. 42.
Kaufmann **Hofmeister,** Kassenführer, Forsterstr. 57. Fernspr. 3817.
Prof. Dr. **Baumert,** Hohenzollernstr. 7.
Stadtrat **Uber,** Gr. Steinstr. 6.
Dr. med. **Flemming,** Rob. Franzstr. 1a (z. Z. i. F.)
Chefredakteur **Dyck,** Neue Promenade 1.

Kurzwaren, Besätze, Knöpfe, Weisswaren, 2654
preiswert im Kaufhaus
H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

Photographie-Alben
große Auswahl bei *865
J. Zoebisch, Große Steinstr. 82.

Lumpen, Knochen, Eisen,
2120 Metalle, Papier kauft
Albert Bade jun., Große Klausstr. 22.

Neu eröffnet!
2658 **Fotografisches**
Atelier Central G. m. b. H.
Große Ulrichstraße 57. Fernruf 5415. Neben der Nordseehalle.
Werkstätten für moderne Fotografie und Vergrößerungen.
Mattbilder:
12 Visites 6.00. 12 Cabinets 12.00.
Geöffnet an Sonntagen 9—2 Uhr, Wochentagen 8—7 Uhr.
Weihnachts-Aufträge baldigst erbeten.

Achtung Hausfrauen! Geld liegt in allen Winkeln.
Zahle für

100 Kilo Strumpfwolle	160 Mk.	100 Kilo Neutuch	100 Mk.
100 „ Original-Lumpen 15—30	„	100 „ Knochen	10 „
100 „ Papier-Abfälle	10 „	100 „ Zeitungen u. Bücher	12 „

alle Sorten Felle und Rosshaare höchste Tagespreise.
2183 Hole auf Wunsch auch selber ab.
Paul Günther, Rohprodukten, Taubenstrasse 3, Hof, hinten links.
Tel. 6176. Alles wird streng reell gewogen! Tel. 6176.

Wir verwandeln

sauber gewaschene und geplättete Kragen, Manschetten, Vorhemden durch Präparieren m. „Oekonom" in abwaschbare
Dauer-Wäsche
Nach Abnutzung des Präparates kann die Wäsche von neuem gewaschen, geplättet und alsdann bei uns wieder präpariert werden. 2656
Preise: Kragen 50 Pf., Manschetten 70 Pf., Vorhemden 60 Pf. — Lieferung umgehend.
Dauerwäsche-Vertrieb Kleiner Berlin 2, 1 Treppe, Ecke Sternstr.

Zahle für
Altpapierabfälle . . . . . Kilo 12 Pfg.
Bücher, Zeitungen . . . . . Kilo 14 Pfg.
Akten, Kontorbücher . . . . . Kilo 16 Pfg.
Alle Sorten **Weinflaschen,** Lumpen, Knochen, Eisen, Wolle, Weissglas, Kaninchenfelle zu allerhöchsten Preisen. 2684
W. Theuring, Domplatz 9.
Telephon 5659. Telephon 5659.
Lasse auch kostenlos abholen.

Mir oder Mich?
Bollständ. Lehrbuch der deutschen Sprache 2. Orthographie-Lehrbuch der 4 Rechtschreibkriterien 3. Stenographie: Stolze-Schreys Stenographiekriterien 7. Buchführung (einf., dopp. und amerik.) 8. Handelsformenbuch 9. Briefstil 10. Rechtschreibfehler 11. Fremdwörterbuch 12. Stenographie 13. Richtig Deutsch 14. Richtig Französisch 15. Der gutsprechende Sprachbrief 16. Lehrbücher p. M. 1.20 Buchh. L. Schwarz & Co., Berlin 14 K. *1288

Ehefragen *1291
Aerztl. Belehr. f. Verlobte u. Verheiratete. Von Dr. med. K. Hutten. Mit Anhang: Knabe od. Mädchen? Das gediegene Buch wird reifen Menschen ein sachkund. Ratgeb. i. d. wichtigst. Fragen beglückend. Lebens-Gemeinschaft sein. Für M. 1.50, Nachnahme M. 1.70 vom Hausarzt-Verlag, Berlin-Steglitz 31 a.

Ansichtspostkarten. *1291
100 Liebesleuten-Postkarten 4.00, 50 echte Kunst-Postkarten 5.00, 50 Frauenschönheit. Postkart. 3.50, 100 Soldat. u. Militär-Postk. 3.00, 100 ff. fort. Muster-Postkarten 3.00. Verl.-Ges. Silesia, Breslau K.

Hautjucken *1291
beseitigt in einigen Tagen Hautcreme „Radical". Auskunft Sproedt, Bochum 198, Kortumstr. 13.

2617 **Kaufe**
und zahle höchste Preise für
ausgekämmtes Haar.
Zopf-Siebert,
nur Leipzigerstr. 33 u. 79, I.

Sorgt für Eure Füsse!
Germania-Holzsohlen und Absätze, D. R.-P.

Klappern nicht! Tragen sich wie Leder! Beeinträchtigen nicht die Eleganz des Schuhes und sind sehr warm!
Verkauf der beweglichen Germania-Holzsohlen u. Absätze findet
bis auf weiteres
im früher Bär'schen **Warenhause, Gr. Ulrichstr.** statt.
2681 Verkaufszeit von 9 bis 5 Uhr.
Annahmestelle für Reparaturen mit Germania-Holzsohle.
H. Wettstein, Halle u. Erfurt,
Schuhmacher-Artikel und chemische Waren.
Vertreter der Germania-Holzsohle für Thüringen.

Moden-Zeitungen in grosser Auswahl.
Volksbuchhandlung Halle a. Saale, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171110-15/fragment/page=0008